

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 17 Amt Dönhof 292 bis 297  
Telegraphenamt: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 15 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe am Schluss des redaktionellen Teils

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Verksammlungsverbot bis 2. Januar

# Papen-Bilanz

Eine neue Verordnung des Reichspräsidenten

Von Fritz Naphtali

Die Geltungsdauer der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November d. J., die bis zum 19. November befristet war, ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom Donnerstag bis zum Ablauf des 2. Januar 1933 verlängert worden. Gleichzeitig ist auch die in der ergänzenden Verordnung vom 3. November d. J. enthaltene Ermächtigung verlängert worden, wonach Ausnahmen für Wahlversammlungen zugelassen werden, sofern diese Wahlen bis zum 15. Januar 1933 einschließlich stattfinden.

Die „autoritäre Staatsführung“ anzuordnen für gut befindet!

Diese Maßnahme entspricht durchaus dem Geiste der reaktionären Verfassungslösung zur Entrechtung des Volkes, die von den Feudalreaktionären verfolgt werden. Sie zeigt zugleich die Furcht der Herrschenden vor der Stimme des Volkes!

### Es wird konzentriert Besprechungen bei Hindenburg

Der Reichspräsident hat am Freitag die angekündigten Besprechungen zum Zwecke der Neubildung der Reichsregierung geführt. Vormittags empfing er den Deutschnationalen Hugenberg, abends den Zentrumsführer Kaas und anschließend den Volksparteiler Dingeldey. Alle Unterredungen waren nur von kurzer Dauer. Am Sonnabend werden Hitler und der bayerische Volksparteiler Schäffer von Hindenburg empfangen.

Hugenberg wandte sich in der Unterredung mit dem Reichspräsidenten gegen jede Lösung der Krise durch die Fraktionen des Reichstags. Er will das Parlament nach wie vor ausgeschaltet wissen. Der Zentrumsführer Kaas erklärte die Bereitschaft seiner Partei zur Unterstützung jeder Regierung, die im Parlament eine Stütze findet, mit der Volksovertretung sachlich arbeiten will und Experimente mit der Verfassung ablehnt. Kaas gab dem Reichspräsidenten zugleich Kenntnis von der schriftlichen Formulierung des Zentrums, die am Mittwoch dem Reichskanzler übermittelt wurde und aus der sich die

Auffassung des Zentrums im einzelnen ergibt. Der Volksparteiler Dingeldey sprach sich für eine „autoritäre Regierung“ aus. Die Konkurrenz mit der Hugenberg-Partei gebot ihm eine enge Anlehnung an den Standpunkt der Deutschnationalen. Schon der Verlauf der am Freitag geführten Besprechungen hat ergeben, daß eine Verständigung unter den für die sogenannte „nationale Konzentration“ in Frage kommenden Parteien kaum oder doch nur schwer möglich ist. Die Deutschnationalen wollen das Gegenteil von dem was das Zentrum wünscht, so daß die von dem Reichspräsidenten empfohlenen Besprechungen unter den Parteien von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt sind. Zentrum und NSDAP, die ebenfalls für eine Zusammenarbeit mit dem Parlament zu sein scheinen, werden deshalb zunächst unter sich eine Verständigung versuchen. Ein Termin für diese Besprechungen ist bereits festgesetzt. Sie sollen bald nach dem Empfang Hitlers bei Hindenburg beginnen und sich auf die Regierungsbildung im Reich und in Preußen beziehen.

Falls diese Besprechungen zum Ziel führen, sollen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die übrigen, sich für eine „nationale Konzentration“ interessierenden Gruppen vor die Frage gestellt werden, ob sie mitmachen wollen oder nicht. In bezug auf die Verhandlungen selbst scheint man sowohl beim Zentrum als auch bei den Nationalsozialisten ziemlich optimistisch zu sein. Allerdings wünscht auch das Zentrum keine vom Parlament abhängige Regierung, sondern ein Kabinett, das nach außen als „Präsidialregierung“ firmiert, aber zugleich eine Rückendeckung im Parlament hat und sich der parlamentarischen Vertretung, ähnlich Brüning, stellt.

Das Kabinett der Freiherren und Barone ist zurückgetreten. Ob damit das System der „autoritären“ Baronsregierung schon sein Ende gefunden hat, bleibt abzuwarten. Aber gerade, wenn man sich darüber im klaren ist, daß es auf die Abkehr vom System und nicht auf die Auswechslung einiger Personen ankommt, besteht Anlaß, eine Bilanz der wirtschaftspolitischen Leistungen der Papen-Regierung zu ziehen. Diese Bilanz entspricht insofern dem Bild zahlreicher privatwirtschaftlicher Bilanzen in dieser Krisenzeit, als sie mit einem erheblichen Passivsaldo abschließt.

Die Regierung Papen hat bei ihrem Antritt den Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat proklamiert und man muß anerkennen, daß sie mit dieser Parole durch den Abbau der Arbeitslosenunterstützung und durch die Kürzung der Renten der Kriegs- und Arbeitsinvaliden Ernst gemacht hat.

Die Regierung Papen hat bei ihrem Antritt das Ende der Deflationspolitik verkündet und sie hat es offenbar mit dieser Parole für vereinbar gehalten, nicht nur die Einkommen der Unterstützungsempfänger herabzudrücken, sondern auch eine Reihe von neuen staatlichen Maßnahmen zur Fortführung des Lohndrucks zu ergreifen, so daß das proklamierte Ende der Deflationspolitik in einer verschärften Senkung des Realeinkommens zum Ausdruck gekommen ist.

Die Regierung Papen hat bei Beginn ihrer großen „kapitalistischen“ Offensive den Anschluß der deutschen Wirtschaftsbewegung an die weltwirtschaftliche Erholung proklamiert und sie hat eine Politik getrieben, die die Absperrung der deutschen Ausfuhr von den Auslandsmärkten auf vielen Gebieten verschärft hat. Gerade in dem Augenblick, in dem diese Bilanz zu ziehen ist, stellt ein für die deutsche verarbeitende Industrie so wichtiger Zweig wie der Maschinenbau fest, daß auf Grund der derzeitigen deutschen Handelspolitik die Beschäftigung für das Ausland im Maschinenbau stärker sinkt als die Inlandsbeschäftigung wächst. Aus der Gegenläufigkeit von steigenden Aufträgen und sinkenden Bestellungen der Auslandskundschaft ergibt sich, daß die Ausnutzung der günstigen Absatzmöglichkeiten für Deutschland, insbesondere durch die Kontingentierungspläne verhindert wird. Das ist der Anschluß an die Besserung der Weltmarktlage in der Praxis!

In der Tat ist das Kapitel der Kontingentierungspläne für die deutsche Lebensmittelfuhr die wirtschaftliche Meisterleistung der Freiherrenregierung gewesen. Hier hat man es fertig bekommen, um dem Drängen agrarischer Interessentengruppen nachzugeben, eine handelspolitische Absperrungspolitik anzuführen, die man zwar gar nicht durchführen konnte, die deshalb auch nicht einmal einem engen Interessentengruppe Nutzen bringen konnte, die aber schon allein durch ihre Ankündigung und die fruchtlose europäische Rundreise der „Tomatenkommission“ für die deutschen Exportmöglichkeiten und damit für die Beschaffung deutscher Industriearbeit einen ganzen Haufen von Porzellan zertrümmert hat.

Während man also die Belegung von industriellen Arbeitsmöglichkeiten durch handelspolitischen Unfug verhinderte, suchte man auf der anderen Seite durch die großzügige Verausgabung der Steuergutscheine an die Unternehmer und durch die Gewährung von Einstellungsprämien mit

# Parlament und Luftfahrtskandal

Große Anklagerede Renaudels

Eigener Bericht des „Vormwärts“

Paris, 18. November.

In der Kammer begann am Freitagmorgen eine Interpellationsdebatte über den Skandal in der französischen Luftschiffahrt. Der erste Interpellant, der sozialistische Abgeordnete Renaudel, deckte in einer mehr als zweistündigen Rede, die oft von stürmischem Beifall der Regierungsmehrheit und dem anwesenden Minister unterbrochen wurde, die betrügerischen Machenschaften der Aero Postale auf.

Renaudel wies darauf hin, daß bereits im vorigen Jahr, als der Zusammenbruch der Aero Postale erfolgte und der Staat zur Aufrechterhaltung der Luftlinie nach Südamerika mit einer hohen Subvention eingreifen mußte, dem Leiter der Gesellschaft Bouillou-Lafont, und seinem Sohn Bilanzfälschungen nachgewiesen worden waren, die zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens führten. Dieses Verfahren habe elf Monate geschlummert, und erst der neue Skandal, der durch falsche Beschuldigungen Bouillou-Lafonts gegen den Direktor der Handelsluftschiffahrt Chaumic, und den Direktor der Flugzeug-Motorenfabrik Gnome et Rhône, Weiller, heraufbeschworen wurde und zu einer zweiten Klage gegen den Leiter der Aero Postale Anlaß gab, habe die Untersuchung wieder in Gang gebracht.

Der Redner ging dann auf die bekannten Einzelheiten des neuen Skandals ein und griff dabei den früheren Ministerpräsidenten Tardieu an, der Bouillou-Lafont selbst ein gefälschtes Dokument übergeben hat. Er bezeichnete es als einen Skandal, daß bereits im November 1931 ein Verfahren gegen Bouillou-Lafont eingeleitet, daß aber erst im Oktober 1932

Anklage gegen ihn erhoben worden sei, und daß in der Zwischenzeit die Aero Postale weiter die hohen Subventionen des Staates bezogen habe. In mehreren mit großem Beifall aufgenommenen Interpellationen pflichtete Luftminister Painlevé dem Interpellanten bei und nahm den ihm unterstellten Direktor der Handelsluftschiffahrt gegen die Beschuldigungen Bouillou-Lafonts in Schutz. Renaudel wandte sich schließlich an den Justizminister und forderte ihn auf, dem Untersuchungsrichter klarzumachen, daß es seine Pflicht sei, so schnell als möglich zu handeln und nicht zu gleicher Zeit wie der Angeklagte Bouillou-Lafont in Ferien zu gehen.

Renaudel kündigte zum Schluß an, daß die sozialistische Fraktion als Abschluß der Debatte eine Resolution vorschlagen werde, in der verlangt wird, daß den zuständigen Kommissionen des Parlaments alle Dokumente über die Aero Postale mitgeteilt werden, daß eine neue Direktion an die Spitze dieses staatlich subventionierten Betriebes gesetzt und schließlich ein Gesetzentwurf über die Verstaatlichung aller Lufttransportgesellschaften eingebracht wird. Die Fortsetzung der Debatte wurde auf Donnerstag vertagt.

## Das Blutbad von Genf

Noch ein Todesopfer

Genf, 18. November.

Am Kantonalspital in Genf ist das 13. Opfer des Maschinengewehrfeuers vom 9. November seinen Verletzungen erlegen: ein Schweizer, der wie zehn andere

getötete Demonstranten mit der Demonstration gar nichts zu tun hatte, aber auf dem Nachhausewege von den Kugeln getroffen wurde.

Der Sekretär der Schweizerischen Sozialdemokratie, Abg. Graber, verlangt in seiner Zeitung „La Sentinelle“ (Der Wachtposten) die Verhaftung des Genfer Faschistenführers Ultramar. Dieser hat sich in einem Interview im „Corriere della Sera“ gerühmt, mit seiner Drohung eines Staatsstreiches die Regierung zur Verhaftung Riccos gezwungen zu haben. Im übrigen rüdt Graber von dem Vorgehen der Genfer Sozialisten ab, für die weder wirtschaftlich noch politisch ein Boden vorhanden sei. Man habe nicht das Recht, eine revolutionäre Haltung einzunehmen, wenn andere Wege offenstünden, und wenn man nicht über das geringste revolutionäre Instrument verfüge. Diese Taktik vermindere nur die Wirksamkeit und den Erfolg der konstruktiven Politik, von der er für die Arbeiterklasse die Eroberung der Macht und die Verwirklichung des Sozialismus erwartet.

Nicht von den 22 verhafteten Soldaten sind bereits verurteilt und nach dem Fort Sabatan transportiert worden.

### Rachejustiz

Bern, 18. November.

Der Schweizer Bundesrat hat strenge Maßnahmen der Unruhestifter in Genf beschlossen. Die gerichtliche Verfolgung geschieht nicht von den kantonalen Behörden, sondern von der Eidgenossenschaft durch die Bundesanwaltschaft. Untersuchungsrichter ist Bundesanwalt Dr. Galland. Angeklagt wird wegen Aufruhr und anderer Verbrechen gegen die verfassungsmäßige Ordnung und innere Sicherheit des Staates, weiter wegen Eisenbahngewalt durch Aufhalten der Straßenbahnen, gewalttätiger Angriffe gegen die Versammlungsfreiheit und Beschimpfung der Behörden.

# Preußen protestiert im Reichsrat

## Entschließung des Verfassungsausschusses gegen das Reich angenommen

weiteren Steuergutscheinen die große Un-  
furbelungsaktion durchzuführen. Das  
bisherige Ergebnis war kläglich. Auf Grund  
einer Statistik, die durch die verschärfte Aus-  
steuerung von Arbeitslosen aus dem Unter-  
stützungssystem die Zahl der Arbeitslosen  
herabdrückte, konnte man als bisheriges Ge-  
samtergebnis die Verminderung um einige  
Zehntausend Arbeitslose von dem Heere der  
6 Millionen verkünden. Selbst wenn ein Teil  
dieser Besserung nicht nur statistisch, sondern  
echt ist, bedeutet das herzlich wenig. Es  
ist auch ein schwacher Trost, wenn man den  
günstigeren Verlauf der letzten Monate des  
Jahres 1932 den gleichen Monaten des  
Jahres 1931 gegenüberstellt, die Monate der  
ausgesprochenen Krisenverschärfung nach dem  
Bankenkrach im Juli 1931 gewesen sind.

Bedenkt man, daß die mühselig errechneten  
Unfurbelungserfolge auf der anderen Seite  
erkaufte sind durch eine gewaltige Ver-  
belastung der öffentlichen Finanzen durch  
die Steuergutscheine in den kom-  
menden Jahren, bedenkt man weiter, daß die  
Papen-Regierung selbst mit einer sicherlich  
zu bescheidenen Schätzung des Defizits des  
Reichs für das laufende Haushaltsjahr kürz-  
lich auf 800 Millionen veranschlagen mußte,  
so wird man nur feststellen können, daß die  
Wirtschaftspolitik der Freiherrenregierung  
genau so zu einem Fiasko geführt hat wie  
ihre allgemeine „autoritäre“ Politik.

Fortschritte, Fortschritte von beachtlichem  
Umfang hat die Papen-Regierung nur auf  
einem wirtschaftspolitischen Gebiet erzielt,  
nämlich in der Erhöhung der Sub-  
ventionen, die einzelnen Interessenten-  
gruppen aus dem großen Portemonnaie des  
Reichs gezahlt worden sind. Es ist kaum  
nötig, festzustellen, daß hier an der Spitze  
entsprechend den junkerlichen Beziehungen  
wiederum die Summen stehen, die der Er-  
haltung des Besitzes der Groß-  
agrarier dienen.

Geschenke für die Unternehmer, Lohndruck  
für die Arbeiter, Subventionen für die Groß-  
interessenten, die am lautesten schreien, und  
Rentenkürzungen für die Ärmsten der  
Armen, dazu eine Handelspolitik, die, von  
nebelhaften Autarkievorstellungen beeinflusst,  
der Landwirtschaft nicht nützt, aber der Ex-  
portindustrie die Märkte verdirbt! So steht  
die Politik einer Regierung aus, die ihr  
Mandat nicht vom Volke, sondern aus  
„höheren Sphären“ empfängt. Nach diesem  
Verlustabschluß kann die Sanierung nicht  
durch die Auswechslung des einen oder ande-  
ren Klubmitgliedes erfolgen, sondern wirksam  
nur durch eine Generalabkehr von  
dieser Wirtschaftspolitik der Junker und  
Barone.

## Hauptmann bei Studenten Ansprache an die Jugend

In der Berliner Universität fand zu Ehren  
Gerhart Hauptmanns unter dem Protektorat des  
Rektors Prof. Dr. Kohlrusch eine Festver-  
anstaltung statt, der der Dichter persönlich bei-  
wohnte. Der Rektor feierte in seiner Ansprache  
Gerhart Hauptmann als den anerkannten Re-  
präsentanten des deutschen Geistes und versicherte,  
daß sein Wert im Dienste der Wahrheit auch  
eine unsterbliche Heimat an den Stätten der  
Wissenschaft gefunden habe.

Universitätsprofessor Dr. Dessoir hielt die  
offizielle Festansprache, in der er das Lebenswerk  
Gerhart Hauptmanns umriß. Er schloß mit den  
Worten: „Das geistige Deutschland bekennt sich zu  
Ihrem Werk und zu Ihrem Menschentum. Sie  
bleiben uns Vorbild, auch für alle kommende  
Arbeit.“

Zum Schluß der Feier nahm Gerhart  
Hauptmann selbst das Wort zu einer leben-  
digen Ansprache an die akademische Jugend. Er  
appellierte daran, daß der Jugend das soziale  
Bewußtsein lebendig bleiben möge und daß  
sie sich in ihren Kämpfen und Wollen aber nie-  
mals von der geistigen Ebene entferne. „Es gibt  
außer den äußeren Pflichten die unerschütterliche  
Verpflichtung vor sich selbst.“ Er erinnerte an  
seine eigene Studienzeit, die er mit der heute  
vielsach ungeliebten Haltung studentischer Schichten  
verglich. Er meinte, daß er bisweilen den Wunsch  
empfinde, der heutigen akademischen Jugend  
„Jugendgeist von meinem Jugendgeist zu spen-  
den“. Er hätte die feste Hoffnung und den  
Glauben, daß sich auch die gesamte Jugend  
wieder geschlossen an ihre geistige Verpflichtung  
zu begeben begänne. „Wenn Sie andere refor-  
mieren wollen, fangen Sie selbst an! Schöpfen Sie  
aus dem lautereren Quellwasser des Geistes in  
sich. Aller geistiger Adel und geistige Vollendung  
besteht in der Kraft der eigenen Verantwortungs-  
fähigkeit. Die akademische Jugend will Führer  
sein — jawohl, sie soll es. Aber seien Sie zuerst  
einmal Führer für sich selbst!“

Hauptmann schloß mit Worten des Dankes  
und mit dem ausdrücklichen Wunsch, daß er als  
wohlwollender Ratgeber auch gerade von der Jugend  
weiterhin verstanden werde. Unter stürmischen  
Ovationen, die sich auch von einer vielhundert-  
köpfigen Menschenmenge auf der Straße fort-  
setzten, verließ der Dichter diese denkwürdige  
Feier.

Der Reichsrat hielt am Freitagabend eine Voll-  
sitzung ab, die vom geschäftsführenden Reichs-  
innenminister, Freiherrn von Gopl, mit einem  
Nachruf auf den Geheimrat Dr. Quast, Mitglied  
der bayerischen Landtag, eröffnet.

Der preußische Ministerialdirektor Dr. Bredt  
empfahl dann als Berichterstatter die Ent-  
scheidung zur Annahme, die der Verfassungsausschuss  
in Verbindung mit den übrigen Aus-  
schüssen des Reichsrats am vorigen Sonnabend  
nach eingehender Erörterung der verfassungs-  
politischen Lage gefaßt hatte.

Der geschäftsführende Reichsinnenminister, Frei-  
herr von Gopl, widerholte die schon vor  
den Ausschüssen abgegebene Erklärung der Reichs-  
regierung, daß diese bereit sei, dem in Teil 2  
dieser Entschließung vorgebrachten Verlangen  
stattzugeben, bei der großen Bedeutung der Reichs-  
reform für das Schicksal von Volk und Reich bei  
den weiteren Arbeiten in engstem Einvernehmen  
mit den Ländern vorzugehen. Er setzte noch  
hinzu, er sei auch gern bereit, mit den Ver-  
tretern der preußischen Provinzen in dieser  
Sache in Fühlung zu treten und zu  
bleiben.

Für Preußen erklärte Ministerialdirektor  
Dr. Bredt, Preußen stimme der Entschließung  
auch im Plenum zu. Ferner verlas er folgende  
Erklärung:

Auch die preußische Staatsregierung erwartet  
an Stelle ungesunder und gewaltsamer Experi-  
mente, wie sie zur Zeit mit Preußen angestellt  
werden, eine organische Reform des Ver-  
hältnisses von Reich und Ländern auf dem  
ordentlichen verfassungsmäßigen  
Wege. Sie hat sich von 1928 bis 1930 an den  
Vorbereitungen zu einer solchen Reform in der  
Vändertonierung und ihren Ausschüssen stark  
betätigt und auch später Anregungen gegeben. Da  
durch die unbegreifliche Unterlassung der gegen-  
wärtigen Reichsregierung, trotz des Vorstoßes  
vom 20. Juli 1932, noch immer kein Entwurf den  
Ländern vorliegt, so verlangt die preußische  
Staatsregierung auch aus diesem Grunde die  
sofortige Aufhebung aller Sonder-  
maßnahmen in Preußen.

Sie hält es übrigens mit geordneten Zu-  
ständen nicht für vereinbar, daß eine mit der  
Reichsverfassung in vielen Punkten im Wider-  
spruch stehende Verordnung, wie die vom  
20. Juli 1932, trotz der Entscheidung des  
Staatsgerichtshofs noch immer unverändert im  
Reichsgesetzblatt stehen bleibt.

Die heute ergangene neue Verordnung wird  
nach Ansicht der preußischen Staatsregierung  
der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht  
gerecht und schafft eine weitere Er-  
schwerung der Lage.

Oberbürgermeister Dr. Sahn, Berlin, bedauert,  
daß die Entschließung den Reichsratsmitgliedern  
nicht rechtzeitig abschriftlich mitgeteilt worden sei  
und daß er lediglich aus der Zeitung das Material  
haben entnehmen mußte. Er stellt dann fest, daß  
er dem ersten Teil der Entschließung nicht zu-  
zustimmen vermöge, da er einen Wider-  
spruch enthalte.

Ein Antrag des Vertreters der Provinz Ober-  
schlesien, die Abstimmung über die Entschließung  
auszusetzen, fand keine Unterstützung.

Der erste Teil der Entschließung wurde  
darauf mit 54 gegen 7 Stimmen bei  
5 Enthaltungen angenommen. Da-  
gegen stimmten die Vertreter der Provinzen  
Ostpreußen, Brandenburg, Stadt Berlin, Pom-  
mern, Schleswig-Holstein, Hannover und West-  
falen.

Stimmhaltung übten Anhalt, Braun-  
schweig, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin und  
Niedersachsen.

Der zweite Teil der Entschließung wurde  
einstimmig angenommen.

Der Reichsrat erledigte dann noch kleinere Vor-  
lagen. Schließlich wurde eine Verordnung ge-  
billigt, wonach die Bezirke der Reichsdisciplinar-  
kammern in Rünchen und Nürnberg trotz der  
Zusammenlegung verschiedener bayerischer Re-  
gierungsbezirke unverändert bleiben.

## Hindenburgs Brief an Otto Braun

Der Reichspräsident hat folgenden Brief an den  
preußischen Ministerpräsidenten gerichtet:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! In Ihrem  
Schreiben vom 3. d. M. haben Sie darauf hin-  
gewiesen, daß ich nach Art 19 Abs. 2 der Reichs-  
verfassung zur Vollstreckung des Urteils des  
Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom  
25. Oktober 1932 berufen sei. Eine Vollstreckung  
des Urteils käme nur insoweit in Betracht, als  
die Entscheidung selbst einer Vollstreckung fähig ist.  
Wenn Sie als einen solchen Vollstreckungsakt die  
Wiedereinsetzung des preußischen Minister-  
präsidenten und der preußischen Staatsminister  
in ihre Ämter und als Landesregierung gefordert  
haben, so bedarf es dessen nicht.

Aus meiner und des Reichskanzlers Erklärung,  
die bei der Bepfischung vom 29. Oktober d. J.  
Ihnen gegenüber abgegeben wurde, war deutlich  
zu entnehmen, daß entsprechend dem Urteil des  
Staatsgerichtshofs Ihnen und den preußischen  
Staatsministern die Vertretung Preußens

im Reichstag, im Reichsrat oder sonst  
gegenüber dem Reich oder gegenüber dem  
Landtag, dem Staatsrat oder gegen-  
über anderen Ländern zustehen soll.  
Im übrigen haben Sie und die preußischen  
Staatsminister von diesen Befugnissen bereits  
Gebrauch gemacht. Hiernach bleibt kein  
Raum für einen weiteren Akt des Reichs, durch  
den die preußischen Staatsminister erst wieder in  
ihre Ämter förmlich eingesetzt werden könnten.

Um aber die entstandenen Schwierigkeiten und  
Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, habe ich  
mich entschlossen, auf Grund des Art. 48  
Abs. 2 der Reichsverfassung die nötigen  
Maßnahmen zu treffen, wie ich sie aus dem an-  
liegenden, an Sie, Herr Ministerpräsident, und  
an den Reichskanzler als Reichskommissar für  
das Land Preußen gerichteten Schreiben zu ent-  
nehmen bitte.

Ich bedauere, daß die bisherigen Verhandlungen

nicht zu einer Einigung geführt  
haben. Es erscheint mir aber nicht möglich, die  
Klärung der Verhältnisse weiter aufzuschieben.  
Das Interesse des Reichs und des Landes  
Preußen verlangt vielmehr eine beschleunigte Be-  
reinigung aller durch das Urteil des Staats-  
gerichtshofs entstandenen Schwierigkeiten, um Rei-  
bungen für die Zukunft auszuschließen und ein  
verträgliches Zusammenarbeiten zum Wohle des  
Landes und des Reichs zwischen den Kommissa-  
ren des Reichs und den preußischen Staats-  
ministern im Geiste des Urteils sicherzustellen. Dies  
bezeichnen meine Anordnungen.

Ich bin überzeugt, daß Sie, Herr Minister-  
präsident, und die Herren preußischen Staats-  
minister wie auch die Kommissare des Reichs für  
das Land Preußen alles daran setzen werden, um  
dieses Ziel zu erreichen.

In ausgezeichnetster Hochachtung  
Ihr gez. von Hindenburg.

## Landtagsdebatte über 20. Juli

Für Donnerstag, den 24. November, festgesetzt

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung  
des Preussischen Landtags, die auf  
Donnerstag, 24. November, 15 Uhr, anberaumt  
ist, ist jetzt endgültig festgesetzt worden. Sie ent-  
hält als Hauptpunkt die Mitteilung des  
preussischen Ministerpräsidenten  
über das Urteil des Staatsgerichtshofs,  
verbunden mit zahlreichen dazu einge-  
gangenen Anträgen verschiedener Fraktionen, über  
die eine gemeinsame Beratung stattfinden soll.  
Diese Beratung wird den Anlaß bilden für eine  
größere Aussprache. Die hierfür den ein-  
zelnen Fraktionen einzuräumende Redezeit soll in  
einer vor der Vollziehung stattfindenden Sitzung  
des Kellerrats festgelegt werden.

## Denkschrift über den 20. Juli

Der preussische Ministerpräsident Braun hat dem  
Landtag eine Mitteilung über das Leipziger Urteil  
nebst Entscheidungsgründen und im Zusammen-  
hang damit eine Denkschrift über die Vor-  
gänge am 20. Juli 1932 und über die Verfassungs-  
streitigkeit des Freistaats Preußen gegen das  
Deutsche Reich zugesendet. Dies ist seit Monaten  
die erste Vorlage, die dem Landtag von der ge-  
schäftsführenden Regierung zugeht. Die Denkschrift soll dem Landtag eine Uebersicht über die  
tatsächlichen Vorgänge in zeitlicher Folge ver-  
mitteln. Sie schildert den Verlauf der rechtlichen  
Auseinanderlegung und enthält Abschriften der  
wichtigsten Urkunden.

Das preussische Kabinett Braun wird sich in  
einer Kabinettsitzung am Sonnabend mit  
der soeben verkündeten neuen Rotverordnung über  
die Auswirkungen des Leipziger Urteils be-  
schäftigen. In Kreisen, die der Regierung Braun  
nahestehen, wird erklärt, daß die neue Rotver-  
ordnung eine Verschärfung der Lage  
bedeute. Es wird darauf hingewiesen, daß  
noch am Donnerstag eine Unterredung zwischen  
dem Reichskanzler v. Papen und dem Minister-  
präsidenten Braun über Verständigungsmöglich-  
keiten stattfand, und es wird als unverständlich  
bezeichnet, daß in dieser Unterredung der Reichs-  
kanzler dem Ministerpräsidenten kein Wort über  
die neue Verordnung gesagt habe, obwohl zu  
jenem Zeitpunkt diese Verordnung offenbar  
schon fertiggestellt gewesen sei.

## Die preussische Regierung zur neuen Notverordnung

Das preussische Kabinett Braun wird sich in  
einer Kabinettsitzung am Sonnabend mit  
der soeben verkündeten neuen Rotverordnung über  
die Auswirkungen des Leipziger Urteils be-  
schäftigen. In Kreisen, die der Regierung Braun  
nahestehen, wird erklärt, daß die neue Rotver-  
ordnung eine Verschärfung der Lage  
bedeute. Es wird darauf hingewiesen, daß  
noch am Donnerstag eine Unterredung zwischen  
dem Reichskanzler v. Papen und dem Minister-  
präsidenten Braun über Verständigungsmöglich-  
keiten stattfand, und es wird als unverständlich  
bezeichnet, daß in dieser Unterredung der Reichs-  
kanzler dem Ministerpräsidenten kein Wort über  
die neue Verordnung gesagt habe, obwohl zu  
jenem Zeitpunkt diese Verordnung offenbar  
schon fertiggestellt gewesen sei.

## Kommunisten-Todesurteil Obwohl er nicht schoß!

Ein unerhörtes Todesurteil des Chemnitzer  
Schwurgerichts gegen einen 29-jährigen kommu-  
nistischen Arbeiter, der an einer Schießerei in  
einem Caféhaus beteiligt war, muß im ganzen  
Land das größte Aufsehen und gerechte Em-  
pörung auslösen; seine Vollstreckung muß unter  
allen Umständen verhindert werden.

Der Kommunist Bartel und ein unbekannt  
gebliebener Begleiter hatten in einem national-  
sozialistischen Café im Gefolge eines Zusammen-  
stoßes Revolverkugeln abzugeben versucht. Ein  
Schuß, anscheinend von dem Unbekannten ab-  
gegeben, tötete einen Nationalsozialisten. Bartel  
selbst wurde durch eine Ladehemmung seines Re-  
volvers verhindert zu schießen! Trotz-  
dem verurteilte ihn das Gericht wegen „Mittäterschaft“  
bei einem planmäßigen Mordanschlag zum  
Tode und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu  
6 Monaten Gefängnis. Zum Verhängnis wurde  
ihm das Kommando „Fertigmachen“, das er ge-  
geben haben soll, als sein unbekannt gebliebener  
Begleiter schoß.

Das Urteil ist unhaltbar. Dem Verurteilten ist  
kein Mord oder Totschlag nachgewiesen, nicht ein-  
mal ein abgegebener Schuß. Daß er wegen „Mit-  
täterschaft“ am Mord hingerichtet werden soll, ist  
einfach nicht vorstellbar, und eine sofortige Be-  
gnadigung muß zunächst dafür sorgen, daß eine  
Rechnung des Urteils erfolgt und nicht durch einen  
möglichen Justizmord verhindert wird. Für diese  
Begnadigung und Nachprüfung erheben auch wir  
nachdrücklich unsere Stimme.

Auf alle Fälle verdient Bartel die Begnadigung  
mit mindestens dem gleiche Recht wie die Wörder  
von Potempa, die planmäßig einen politischen  
Gegner zu Tode geprügelt haben.

## Gontards Glaubwürdigkeit Zusammenstoß im Bullerjahn-Prozeß

Leipzig, 18. November.  
Am Freitag kam es im Bullerjahn-Prozeß zu  
heftigen Zusammenstößen zwischen den  
Verteidigern und dem Zeugen Gontard. Buller-  
jahn sagte aus, daß er bei seiner Einstellung von  
Herrn von Gontard in einer mehrstündigen Unter-  
redung beauftragt worden sei, die Direktoren des  
Werks für Gontard zu bezeugen. Gontard bezeugte  
diese Aussage als erlogen, wogegen die Ver-  
teidiger ernstlich Einspruch erhoben. Sie beantragten  
die Vernehmung eines anderen Angeklagten,  
der einen ähnlichen Auftrag vom Zeugen Gontard  
erhalten habe. Die Entscheidung über den Beweis-  
antrag wurde zunächst zurückgestellt.

Es wurde dann weiter die Frage der Ent-  
schädigung für das beschlagnahmte Lager er-  
örtert, wobei die Verteidiger festzustellen ver-  
suchten, ob die Berlin-Karlsruher Industrieerle  
das Material bereits vorher bezahlt erhalten hatten.  
Sie begründeten ihre Fragen damit, daß sie für  
die Zurechnung der Direktoren und die Glaub-  
würdigkeit des Herrn von Gontard von besonderer  
Bedeutung seien. Ueber die Zu-  
lässigkeit dieses Fragenkomplexes soll später ein  
Gerichtsbefehl herbeigeführt werden.

Sodann überreichte Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld  
eine große Zahl von Beweisunterlagen.  
Zur Befragung der Glaubwürdigkeit des Zeugen  
Gontard sollen gehört werden: Bankdirektor  
von Stauch, der bei seiner eidlichen Aussage  
vom Juni 1931 schwere Vorwürfe gegen Gontard  
erhoben habe, wieweil Geheimrat Schanzer,  
der bekunden soll, daß v. Gontard ein Werk, das  
er als Treuhänder verwaltete, veräußert und dabei  
die Treuhänderpflichten insofern schwer verletzt  
habe, als er dem Eigentümer weder Kenntnis noch  
Abrechnung über den Verkauf gegeben habe.

Zum Parteistreit in Baden. In der Frage des  
Abchlusses eines Konkordats zwischen dem Frei-  
staat Baden und der katholischen Kirche ist es,  
wie schon gemeldet, zu einem Streit zwischen der  
Rechtlichkeit unserer Landtagsfraktion und dem  
Landespartei-Vorstand gekommen, der jetzt auch in  
unserer badischen Parteipresse ausgefochten wird.  
Um eine endgültige Stellungnahme der Partei  
herbeizuführen, hat der badische Landesvorstand  
seit einem außerordentlichen Landespartei-  
tag auf Sonntag, den 27. November, nach  
Düsseldorf einberufen.

„Loh“ berichtet aus Berlin vom 14. November:  
„Herr von Papen hat die Sozialdemokraten Weiss  
und Breitfeld zu sich eingeladen. Die  
Sozialdemokraten haben natürlich die Einladung  
mit größter Bereitwilligkeit an-  
genommen.“ „Loh“ ist die sowjetrussische  
Telegraphenagentur, die die ganze sowjetrussische  
Presse mit Nachrichten versorgt.

# Helft den Erwerbslosen!

Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Die Sozialdemokratische Partei im Landtag hat folgende Anträge eingebracht:

I.

„Die finanzielle Notlage der Gemeinden und Fürsorgeverbände birgt für die Arbeitslosen und alle Renten- und Unterstützungsempfänger eine große Gefahr in sich. Gemeinden und Fürsorgeverbände, die bis dahin in der Lage waren, während der kalten Jahreszeit besondere Zulagen für die Beschaffung von Feuerung, Kleidung und Schuhzeug und zusätzlichen Nahrungsmitteln zu machen, sind gezwungen, diese Maßnahmen einzustellen, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Die auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 19. Oktober 1932 mögliche Gewährung von Sonderzulagen wird durch die vorgesehene Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung so gut wie aufgehoben, so daß nur eine sehr geringe Personenzahl in den Genuß dieser Zusatzunterstützung kommt. Die Erwerbslosen, wie auch die Renten- und Unterstützungsempfänger, sehen daher dem Winter mit sehr großer Sorge entgegen.“

Wir beantragen: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, den Gemeinden und Fürsorgeverbänden mit Hilfe des Reiches die Mittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind zur Gewährung von Zusatzunterstützungen an Erwerbslose und Renten- und Unterstützungsempfänger zur Beschaffung von Brennmaterial, Kleidung, Schuhzeug und Nahrungsmittel.  
Berlin, den 17. November 1932.“

II.

„Die steigende Not der Erwerbslosen und der Renten- und Unterstützungsempfänger hat zu einem außerordentlich starken Rückgang des Frischmilchabfuges geführt, der auch durch die amtliche Molkereistatistik bestätigt wird. Durch die damit verbundene Unterbindung der Eimelieferung für große Teile der Bevölkerung wird die Volksgesundheit stark gefährdet, zugleich aber auch der Veredelungswirtschaft in der Landwirtschaft schwerer Schaden zugefügt.“

Im Interesse der Volksgesundheit muß die Milchversorgung für die Arbeitslosen, Renten- und Unterstützungsempfänger unbedingt sichergestellt werden. Das Reich muß zu diesem Zweck Mittel zur Verfügung stellen. Damit würde zugleich der Frischmilchabfuhr gehoben und dem Milchmarkt treibenden Teil der Landwirtschaft geholfen werden können.“

Wir beantragen: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung durchzusetzen, den Erwerbslosen, Renten- und Unterstützungsempfängern im Interesse der Eimelieferung den Verbrauch von Frischmilch durch Einleitung einer Verbilligungsaktion zu ermöglichen.“

## Das Dritte Reich — wird ein dritter Arm!

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Weimar, 18. November.

Die Thüringer Naziregierung hat der in immer tieferes Elend sinkenden Bevölkerung das tausendmal versprochene Paradies immer noch nicht gebracht. Als Ersatz für gefürzte Wohlfahrtsunterstützungen bietet sie jedoch Jagdschüsse gegen die republikanische Presse. Nach den vielen Verboten folgte der Entzug der amtlichen Bekanntmachungen. Jetzt wird bekannt, daß die sozialistischen, demokratischen und Zentrumsblätter in Zukunft keine Pressemitteilungen aus den Ministerien mehr erhalten sollen. Für die Berichterstatter der gleichen Presse droht außerdem der Entzug der Pressekarten für die Landtagssitzungen. Bei dem demokratischen „Volksblatt“ in Jena ist bereits der Anfang gemacht worden.

In Koburg tiefe Büdinge vor abgetakelten Fürsten und Hoffschranzen zu machen, die SA zum Fackelzug und Türöffnen zu kommandieren, die Gelder der Stadt für Illumination bei der Fürstendagerei zu verpulvern und die Republikaner sowie ihre Presse zu verbieten, das ist kein Kunststück. Aber zu verhindern, daß das Volk die Wahrheit über das Dritte Reich in Thüringen erfährt, dieses Kunststück wird kein Hitler und keiner seiner Trabanten fertig bringen. Der 6. November hat das bewiesen.

Aus Frankenhain (Rhön) wird gemeldet, daß dort Erwerbslose einen Hungermarsch veranstalteten und einen Bäcker- und Fleischerladen plünderten. Als Ursache wird angegeben, daß den Erwerbslosen keine Unterstützung ausbezahlt werden konnte. Verhandlungen, die deshalb zwischen dem Bürgermeister, dem Landrat und den Unterstützungsempfängern geführt wurden, verliefen ergebnislos. Die thüringische Naziregierung schickte ein Ueberfallkommando aus Hildburghausen nach Frankenhain.

der Kongress allein für einen etwaigen Schuldennachschuß zuständig sei. Die Republikaner wollen weiter diese Schulden als ein Druckmittel in der Abrüstungsfrage verwenden, während die Demokraten eher geneigt sind, sie als Tauschobjekt für internationale Handelsverträge, also für die Herabsetzung der ausländischen Zolltarife zu benutzen. Eine glatte Zustimmung der Vereinigten Staaten zu einer Schuldensenkung kommt einzuwirken nicht in Frage, und auch ein Schuldennachschuß dürfte nur das Ergebnis langwieriger Verhandlungen sein. Indirekt ist natürlich auch Deutschland an diesem Problem im höchsten Maße interessiert, da das Schicksal des Gausanner Abkommens nach übereinstimmender Auffassung Frankreichs, Englands und der sonstigen Reparationsgläubiger von einer befriedigenden Regelung des interalliierten Schuldenproblems abhängt.

Wegen Spionage verurteilte das polnische Standgericht Gdingen den Schuldiener Muczkowski zum Tode durch den Strang. Der Staatspräsident begnadigte ihn zu 15 Jahren Zuchthaus. Die mitangeklagte Frau Powielki erhielt 15 Jahre Gefängnis.

## Justiz gegen Republikaner

Ungeheuerliches Urteil im Alfeld's Landfriedensbruchprozeß

Die Große Strafkammer Hildesheim fällt jetzt im Alfeld's Landfriedensbruch-Prozeß, dem die schweren Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten am 10. Juli dieses Jahres in Alfeld zugrunde lagen, das folgende Urteil:

Es erhielten von der nationalsozialistischen Gruppe der Angeklagte Störbeck acht Monate Gefängnis, Müller, Friedrich und Hermann Schütte, Kelle, Dettmar je sechs Monate Gefängnis weitere Angeklagte Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu zwei Wochen. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Von den Mitgliedern der Eisernen Front erhielten Such zwei Jahre Gefängnis, Herber ein Jahr Gefängnis.



„Nicht stören! Die Herren spielen gerade aus, wer der neue Reichskanzler wird.“

## Mit dem Dolch!

Abenteuer einer Ueberreizten

Vor dem Schnellrichter hatte sich gestern eine Frau Budde zu verantworten, die am 15. d. M. plötzlich in die Reichskanzlei gestürzt und bis ins zweite Stockwerk vorgebracht war. Man hatte sie dann festgenommen und einen Dolch bei ihr gefunden. Der dem Schnellrichter sagte Frau Budde, sie sei Mitglied der SPD. und Leiterin einer Frauengruppe. (Das erste stimmt, das zweite nicht. Red. d. B.) Nach dem Grund ihres eigenartigen Eindringens befragt, erklärte sie, sie habe Papen zu einer Aenderung seiner Politik zwingen wollen.

Der Chemann, der Postinspektor Budde, bezeichnete seine Frau als überreizt. Der sachverständige Arzt konnte eine als Strafausschließungsgrund reichende Erkrankung nicht feststellen. Der Richter erkannte trotzdem, daß die Frau geistig nicht ganz normal sei. Er hielt es jedoch für notwendig, sie wegen verbotenen Waffentragens zu drei Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Es handelt sich offensichtlich um einen menschlich bedauerlichen Fall ohne eigentliche politische Bedeutung. Der „Angriff“ wird schwerlich ein großes Gefolge finden, wenn er versucht, die Angelegenheit als politisches Attentat aufzuheben und aus ihr den Schluß zu ziehen, man müsse den Hähern in den Redaktionen das Handwerk legen. Es ist nicht jedem gegeben, eine so gestützte und die politischen Sitten veredelnde Sprache zu führen wie der „Angriff“. Wir müssen daher die Anklage, beinahe ein Attentat angesetzt zu haben, auf uns sitzen lassen und überlassen sie zur weiteren Behandlung den Humoristen.

## Schwindel-Abwehr

Genosse Philipp Scheidemann schreibt uns:

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 17. November wird ein altes Interwiew mit mir völlig entstellend wiedergegeben. Brüsseler und Pariser Berichte über das gleiche Interwiew, das schon vor etwa zwei Monaten stattgefunden hat, habe ich bereits damals bestritten. Inzwischen ist das Interwiew offenbar immer mehr, je nach Bedarf des betreffenden Blattes, zurechtgemacht worden, so daß ich in absehbarer Zeit wohl als beglückterter Monarchist aufmarschieren kann. Mein Verhalten in den kritischen Tagen des November 1918 ist eingehend geschildert worden.

## Im Herrenklub

in den „Denkwürdigkeiten des Prinzen Max von Baden“ und in meinen eigenen Memoiren. Ich habe seit Jahren bei jeder Unterredung den betreffenden Berichterstatter die gewünschten Auskünfte an der Hand meiner Aufzeichnungen gegeben. Für den Unsinn der aus einem solchen Interwiew im Laufe der Zeit gemacht wird, bin ich nicht verantwortlich. Daß ich, um nur ein Beispiel anzuführen, niemals gesagt haben sollte, in Deutschland gebe es keinen Republikaner mehr, der bereit sei, sein Leben für die Republik einzusetzen, kann kein Mensch glauben, der seine fünf Sinne beisammen hat.

## „Opferlisten“ der Nazis

### Falsche Helden

Zum Zwecke der „Heldenehrung“, wie sie in den Naziblättern beliebt wird, veröffentlicht der „Schlesische Beobachter“ wieder einmal eine Liste von 19 Nationalsozialisten, „die für Deutschlands Ehre und Freiheit“ gefallen sein sollen. Unser Breslauer Parteigänger kann sofort nach dem ersten Blick auf die Liste feststellen, daß vier der angeblichen „Opfer“ durch Fälschungen auf diese Liste gelangt sind:

Max Gohla (betrunken vom eigenen Gespinn gestürzt);

Wilhelm Thielich (vom eigenen nationalsozialistischen Vater erstochen);

Herbert Würfel (angeblicher Reichsbannermörder freigesprochen, da Nazis selbst geschossen haben);

Fritz Winkler (durch Bauchschuß im Braunen Hause selbst zu Tode gekommen).

Das sind vier Fälle, die auf den ersten Blick festgestellt werden konnten.

Sie reihen sich würdig den Fälschungen an, die beim Ueberfall auf unseren Genossen Völsche in Reichendach verbreitet wurden. „Nord der vertierten roten Bestien“ — hieß es damals, jetzt hat das Schweidnitzer Gericht festgestellt, daß der Tod des Nazimannes mit den eigenen Sprengbomben herbeigeführt wurde. So sehen die Heldenlisten der deutschen Kämpfer aus.

## Juristen-Vereinigung

Die ordentliche Hauptversammlung der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen fand dieser Tage in Berlin statt. Sie war auch von Genossen außerhalb Berlins stark besucht. Der Parteivorstand hatte den Genossen Georg Schmidt entsandt.

In der Hauptversammlung wurde eine Satzungsänderung beschlossen, ferner ein neuer Vorstand gewählt, und zwar wurden Vorsitzende die Genossen Rechtsanwalt Dr. Franz Reumann, Berlin, Rechtsanwalt Dr. Rucheweg, Hamburg. Als Beisitzer gehören dem Vorstand an Regierungspräsident z. D. Dr. Hans Simons, Berlin, Ministerialrat Dr. Georg Fietow, Berlin, Stadtrat Dr. Heuer, Berlin, Ministerialdirigent Dr. S. Rosenfeld, Berlin, Gewerkschaftssekretär Dr. K. Guse, Bernau, Magistratsrat Dr. Reine mann, Berlin, Rechtsanwalt Dr. Curt Rosenberg, Berlin, Rechtsanwältin Hilde Kirchheimer, Berlin, Dr. Martin Draht, Akademie der Arbeit, Frankfurt a. Main, Rechtsanwalt Dr. Philipp Löwenfeld, München, Rechtsanwalt Dr. Kieß, Jena, Amtsgerichtsdirektor Dr. Weiland, Dresden, Wirtschaftsprüfer Wessler Dr. Günther, Berlin.

Der neue Vorsitzende entwickelte am Schluß das neue Arbeitsprogramm der Vereinigung der sozialdemokratischen Juristen.

Als Falschfälscher in der Schweiz verhaftet wurden weiter drei Italiener, darunter ein „Anarchist“ Zamboni.

# Strickwaren enorm billig!



<b>SERIE I</b> Damen - Pullover reine Wolle, mit langen Ärmeln und farbigen Einsätzen, Stück <b>245</b>	<b>SERIE II</b> Damen - Pullover reine Wolle, in verschiedenen Ausführungen, Stück <b>345</b>	<b>SERIE III</b> Damen - Pullover reine Wolle, moderne Streifen und hübsche Ausmusterung, Stück <b>490</b>
--	--	---

# HERMANN TIETZ

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Freie Schulgemeinde Berlin-Mitte  
veranstaltet am Samstag, 19. November, 10 Uhr, im V.D.C., Reichenhäger Straße 26, einen Lesabend, verbunden mit weiteren Darbietungen. Karten zu 20 Pf., Gesamterlös 20 Pf., sind an der Abendkasse zu haben. Um rege Beteiligung wird der Vorstand gebittet.

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Ortsgruppe Berlin.

Montag, 21. November, 10 Uhr, Versammlung gegen das Verbot der Gewerkschaften im Sportplatz, Potsdamer Str. 72. Eintritt 20 Pf. Alle Mitglieder müssen erscheinen.  
Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. Kreis. Alle Parteimitglieder, die von der 3. Abwahlen des Komitees, Reichsbanner Straße, ihre Karte besitzen, werden gebeten, sich am Sonntag, 19. Uhr, bei Pöhlmann, Sonnenländer Str. 11, einzufinden.
2. und 3. Kreis. Sonntags, 17 bis 18 Uhr, durchläufige Sprechstunden im Jugendheim, Kienitzstr. 1, Gefängnis zum Rindenaustritt.
17. Kreis. Die Parteimitglieder zu der am Sonntag, 21. November, im Sportplatz, stattfindenden Kundgebung des Freidenkerbundes sind bei den Hausführern und beim Gewerkschafts-Kreisbüro, Kienitzstr. 11, erhältlich.
7. Kreis. Besondere Kundgebung am bekannten Stelle.
24. Kreis. Sonntag, 19. November, 10 Uhr, alle Gewerkschaften zur Abmahnung. 20. Sonntag, 20. November, 10 Uhr, alle Gewerkschaften zur Abmahnung. 21. Sonntag, 21. November, 10 Uhr, alle Gewerkschaften zur Abmahnung.
24. Kreis. Die Parteimitglieder werden gebeten, sich am Sonntag, 19. November, im Sportplatz, Potsdamer Str. 72, einzufinden.
26. und 27. Kreis. Sonntag, 19. November, 10 Uhr, Zusammenkunft der Parteimitglieder zur Aufstellung der Vertreter der 24. Abwahlen bei Pöhlmann, Sonnenländer Str. 11.
28. Kreis. Sämtliche Parteimitglieder werden gebeten, sich am Sonntag, 19. Uhr, an der „Reichsbanner“-Kundgebung, Kienitzstr. 11, einzufinden.
29. Kreis. Sämtliche Parteimitglieder werden gebeten, sich am Sonntag, 19. Uhr, an der Kundgebung des Reichsbanners nach dem Reichstheater, Kienitzstr. 11, einzufinden.
33. Kreis. Die Parteimitglieder werden gebeten, sich am Sonntag, 19. November, an dem Kundgebung des Reichsbanners zum Reichstheater, Kienitzstr. 11, einzufinden.
35. Kreis. Besondere Kundgebung am Reichstheater, Kienitzstr. 11, um 19 Uhr.
36. Kreis. Die Gewerkschaften werden gebeten, sich am Sonntag, 19. November, an der Kundgebung des Reichsbanners zum Reichstheater, Kienitzstr. 11, einzufinden.
112. Kreis. Sonntags, 19 Uhr, Kundgebung bei Sturm, Wilhelmstr. 16.

## Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Neuerscheinung! Die für Sonntag, 21. November, angelegte Preisverteilung muß infolge der Freidenkerveranstaltungen im Sportplatz am nächsten Montag verschoben werden.  
Abt. Rosenfeld: Sonntags, 19 1/2 Uhr, Helferversammlung im Parteizimmer, Kienitzstr. 11. Jung- und Alte fallen bei den Kundgebungen am Sonntag, 19. November, 10 Uhr, teilzunehmen. Treffen nicht um 9 Uhr, sondern um 10 Uhr bei Rosenfeld, Kienitzstr. 11, stattfinden. Montag, 20. November, 10 Uhr, Kundgebung bei Sturm, Wilhelmstr. 16.  
Wochentags, Sonntag, 19. Uhr, in der Kolo Kiebitzer Str. 22, gemeinsame Veranstaltung. Wir zeigen Bildbilder: „Wie wieder Krieg?“ - **Wachgruppen:** Die Schüler kommen mit Dokumenten zur Finkenbühlstraße.  
Lesabend: Donnerstag, 21. November, Reichsbannerstraße an bekannter Stelle, Beginn 10 Uhr. - **Leser bei Pöhlmann:** Sonntag, 19. November, befinden wir das Volkstheater, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr an der Finkenbühlstraße.  
Preisverteilung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr.

## Borträge, Vereine und Verfammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“  
Wochentags, Sonntag, 19. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr.

## Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31.  
Wochentags, Sonntag, 19. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr.

## Reichsbanner ehemaliger Kriegsgefangener, Ring Groß-Berliner Ortsgruppen.

Wochentags, Sonntag, 19. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr. Besondere Kundgebung: Sonntag, 20. Uhr, Kienitzstr. 11, Treffpunkt 9 Uhr.

## Theater Lichtspiele usw.

Staats Theater  
Sonnabend, den 19. November  
Staatoper Unter den Linden  
19 1/2 Uhr  
**Rigoletto**  
Staatliches Schauspielhaus  
20 Uhr  
**Wilhelm Tell**

## VOLKSBUHNE Theater am Bülowplatz

D 1, Norden 1944.  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**FANNY** von Marcel Pagnol  
Deutsch von Bruno Frank - Regie: Heinz Hilpert  
Dorsch, Tiedtke, Valetti, Siedel, Verhoeven, Stein, Almas

## SCALA Städt. Oper

Tägl. 3 u. 8 1/2 Uhr  
**BUSTER WEST**  
Der komische Tänzer der Welt  
CONCELLO  
Die Könige d. Luft  
MAX ADALBERT FR. GRÜNBAUM  
20 Uhr  
Berger, Zador, Fiedler, Hüsch, Gombert, Kandl, Pechner, Dirig.-Teichmann

## PLAZA

Nähe Schles. Bf. E 7, Weichsel 4031  
Tägl. 3 u. 8 1/2, Sonntag 2.5 u. 8.15 U.  
**Die Bajadere**  
Operette von Emmerich Kálmán

## TOTENSONNTAG 2.5 u. 8 1/2 UHR

»HEIMAT«  
Schauspiel von HERM. SUDERMANN  
mit FERDINAND BONN

## BRÜSSES SCHAUPIELHAUS

Täglich 8 Uhr  
**Der Studentenprinz**

## WATERLAND

In Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner  
**Familienkoffer**  
mit Kienitzstr. 11

## Altes Ballhaus

Kochstraße P. Joachimstr. 20. 10. Uhr  
**Berlins Nachleben**  
seit 100 Jahren  
Europas größtes Veranstaltungszentrum  
**Tanz-Ärte der 1000 schönen Frauen**  
Schwamm- u. Spring-Vorführungen  
Rierkruse 6 Kabare

## Winter-Garten

9 Uhr 15. Flora 3434. Rechen erlaubt.  
**Birkmeyer und sein Wiener Ballett**  
3 Arconas, 2 Burley's  
Hans Kollischer, 10 Brox,  
Yra & Ottare usw.  
Heute und Totensonntag  
4 und 8 1/2 Uhr, 4 Uhr kleine Preise

## CASINO-THEATER

9 1/2 Uhr  
**Die Liebe blüht in Werder**  
Totensonntag 2 Vorstellungen  
Nachmittags 4 und abends 8 1/2 Uhr  
**Das Recht zum Leben**

## Theater im Admiralspalast

Merkur 9901  
**Hans Albers Liliom**  
Die Vorstellung beginnt heute  
pünktlich 8 Uhr

## Schiller

Blumenstr. (Kale)  
Steinpl. (C1) 6715  
**Robert und Bertram**  
Totensonntag  
8 1/2 Uhr  
Niedhardt von Goelsenau

## Rose-theater

Grde. Frankfurter Straße 127  
1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154.

# Keine Einigung über Reform Berlins

## Stadtparlament gegen Magistratsplan — Neue Verfügung?

Das Stadtparlament brachte gestern die Beratung über die Neugestaltung der Berliner Verwaltung, wie sie der Magistratsplan vorsieht, zu Ende. Die Beratungen wurden um 19 Uhr unterbrochen und die Abstimmungen vorgenommen. Die Mehrheit des Hauses stimmte gegen die Vorlage auch in der vom Ausschuss abgeänderten Form. Der Magistrat wird nunmehr den Plan der Aufsichtsbehörde als Vorschlag unterbreiten. Ob die Kommission die Neueinteilung Berlins nunmehr verfügen werden, ist noch ungewiß.

Nach den Abmachungen im Kabinettsausschuss fehlten gestern die Stadtverordneten zunächst die Aussprache über den Stadthaushalt fort, um dann gegen 19 Uhr die Abstimmungen über die Neugestaltung der Bezirksverwaltungen vorzunehmen.

### Die große Haushaltsdebatte

wurde von dem Redner der Deutschnationalen, dem Stadtverordneten Krüger, allerdings ohne seinen Willen auf das humoristische Gebiet geschoben. Dieser junge und auf kommunalpolitischem Gebiet völlig im Dunkeln tappende Herr sprach davon, daß Hunderttausende von Arbeitern auf der Straße lägen infolge der Politik, die den Haushalt der Stadt Berlin so in Unordnung gebracht hat und für die die Sozialdemokratie verantwortlich sei. Geistige Anleihen beim verflochtenen Herrn von Papen machte Krüger, als er von einem „Monstrum von Wohlstandsamt“ sprach, das Berlin zu unterhalten habe. Fast im gleichen Atemzug gab Krüger der erkenntnisreichen Meinung Ausdruck, daß man als Stadtrat in der Berliner Stadtverordnetenversammlung von Wirtschafts- und Sozialpolitik etwas verstehen müsse! Das, aus dem Munde Krügers gehört, war vielen Stadtverordneten denn doch Anlaß, herzlich zu lachen. Diese Heiterkeit steigerte sich zum stürmischen Gelächter, als der „Kommunalpolitiker“ Krüger von der absoluten sozialdemokratischen Mehrheit im Magistrat und im Aufsichtsrat der Berliner Verkehrs-Gesellschaft sprach. Solche Kenntnisse hat also ein Stadtrat der Deutschnationalen, er weiß nicht einmal, daß von den vorhandenen 18 Magistratsmitgliedern nur 8 Sozialdemokraten sind und daß von den 23 Aufsichtsratsmitgliedern der BVG bisher nur 7, seit den letzten Tagen 8 zur Sozialdemokratischen Partei zu rechnen sind. Es war auch ganz im Sinne Hugenberg'scher Standalblätter geredet, als Krüger von der „roten Leitung“ der BVG sprach. Man muß also auch einem deutschnationalen Stadtrat gegenüber feststellen, daß in der Direktion der BVG seit dem Frühjahr kein Sozialdemokrat mehr tätig ist, daß aber Direktor Jangemeister deutschnationaler „Partei-Beamter“ ist und auch Direktor Lüdtke den Deutschnationalen nahe steht. Lüdtke ist übrigens der Herr, der heute noch ein Gehalt von 48.000 M. jährlich bezieht und sich dabei erfolgreich auf seinen alten Vertrag berufen hat, der ihm bei Gründung der BVG ein Einkommen bis zu 300.000 M. jährlich sicherte! Das ist die rote Leitung der BVG! Daß die Nazis in Gemeinschaft mit den Kommunisten den Streik des Verkehrspersonals angezettelt haben, nahm Herr Krüger seinen braunen Busenfreunden sehr übel. Im Verlauf der weiteren Ausführungen Krügers über den BVG-Streik kam es zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten einerseits und zwischen den Kommunisten und Herrn Krüger

zu lebhaften Streitigkeiten.

die schließlich dazu führten, daß der Vorsitzende

stellvertreter Dr. Caspari den Versuch machte, Ruhe zu stiften. Erst dem nachfolgenden Redner gelang es wieder, eine ernste Haushaltsdebatte zu führen. Nachdem der Volksparteier Künzer und Frau Dr. Wunderlich von den Staatsparteilern gesprochen hatten, vertagte Dr. Caspari die Sitzung auf unbestimmte Zeit ziemlich unmotiviert, um dem Magistrat Gelegenheit zu geben, in größerer Zahl als bis dahin an den Verhandlungen teilzunehmen. Nach kurzer Zeit erschien dann auch der Oberbürgermeister, Bürgermeister Eißas und eine Anzahl weiterer Magistratsmitglieder. Es sprachen dann die Nationalsozialisten Dr. Lippert und Engel.

### Die Abstimmungen

Dann folgten 68 Abstimmungen zu der vom Ausschuss vorbereiteten Vorlage über die Neugestaltung der Berliner Verwaltung. Zu den 19 Paragraphen lagen die verschiedensten Abände-

rungsanträge fast aller Parteien vor, von denen eine ganze Anzahl angenommen wurden. Es soll also nach dem Willen der Stadtverordneten bei den 20 Verwaltungsbezirken bleiben. Abgelehnt wurden die Anträge der Sozialdemokraten, die Genosse Flatau bereits in seiner Rede am Donnerstag ankündigte. Nach diesen Anträgen sollten die Stadtverordneten nicht den Bezirksversammlungen ihres Bezirks zugeteilt werden, sondern sie sollten die Möglichkeit haben, sich als Bezirksverordnete wählen zu lassen.

Abgelehnt wurde auch das Verlangen der Sozialdemokraten, eine katalogmäßige Festlegung der Aufgaben der Bezirksämter nicht vorzunehmen. Gegen diesen Antrag stimmten sogar die Kommunisten, sie sind also für eine Einengung der Befugnisse der Bezirksämter!

Die Einzelabstimmungen nahmen fast dreiviertel Stunden in Anspruch. In der Schluß-

# Abschied von einem Kämpfer

## Die Internationale ehrt Hermann Müller-Lichtenberg

Die Kapelle im Krematorium Baumjöhlenweg vermodete die Menge der Leidtragenden nicht zu fassen, als gestern um 17 Uhr Hermann Müller-Lichtenberg zur letzten Ruhe geleitet wurde. Unzählige Kränze von Partei- und Gewerkschaftsverbänden, von Behörden und Privatpersonen wurden niedergelegt. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes war durch Citrine-Großbritannien, Jouhaug-Frankreich, Jacobsen-Dänemark, Lapele-Tschechoslowakei, Mertens-Belgien und die Sekretäre Schevenels und Stolz vertreten. Der Parteivorstand entsandte Wels und Breilich, die Berliner Organisation ihren Vorstehenden Künzler. Die Reichsbannerkameraden hielten die Ehrenwache.

Arbeiterlänger liehen das Lied vom „Sohn des Volkes“ erklingen. Dann nahm der Vorsitzende des ADGB, Genosse Leipart, das Wort. „Die Reihen der alten Kämpfer lichten sich. Nach unseren Freunden Kube, Umbreit und Quist tragen wir heute Hermann Müller zu Grabe, er war in unserer Bewegung eine wertvolle Kraft. In den Kämpfen um die Sozialgesetzgebung, vor allem um die Sozialversicherung machten ihn seine Fachkenntnisse zum Führer. Seine Arbeit war den Kranken und Schwachen, den Invaliden, die Recht suchten, gewidmet. Der kämpfende und überlegende Mann ist uns nahezu unerfänglich. Noch einmal schilderte Leipart das Schaffen Hermann Müllers, wie er vom Lithographen zum Schriftsteller wurde, wie er als Redakteur in Bochum tätig war und dann als Arbeitsekretär in Bremen mit Friedrich Ebert ein Freundschaftsbündnis schloß, das bis zum Tode währte, wie man ihn dann nach Berlin an die Zentrale der Gewerkschaften und zum Leiter der „Gewerkschaftszeitung“ berief, und wie er endlich als zweiter Vorsitzender des ADGB unermüdet tätig war. Daneben aber blieb er seinem alten Verbande der Lithographen in verantwortlicher Stellung treu. Er ward Stadtverordneter und Stadtrat, er gehörte seit 1918 dem Parlament an, er war Mitglied des Staatsgerichtshofs, er sah im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts. Daneben aber war er literarisch tätig, und seine Bücher über die Unfallversicherung und die Rechtsprechung in der Unfallversicherung, vor

allem aber seine „Geschichte der Gewerkschaften“ und seine Schrift „Karl Marx und die Gewerkschaften“ sind von ganz hervorragendem Wert. Millionen danken ihm heute, und, mit der Familie die Trauer teilend, beklagen wir es vor allem, daß es ihm nicht vergönnt war, seinen Lebensabend so zu verbringen, wie er es wünschte: der Familie und zugleich dem zweiten Bande seiner „Geschichte der Gewerkschaften“ sich widmend. Dankerfüllt nehmen wir Abschied. Das große Lebenswerk des Toten ist uns Mahnung, es ihm gleichzutun.“

Für den Verband der Lithographen und Stein-drucker sprach Genosse Haas letzte Abschiedsworte. „Im Kampf um die Einheitsorganisation, vor vielen Jahren schon, war Hermann Müller uns Begleiter und Führer. Mit seinem Namen ist die Geschichte des Verbandes, die Geschichte so vieler Aussperrungen und Lohnkämpfe, verknüpft. Unsere Liebe und Verehrung für den Toten möge der Familie ein geringer Trost sein.“

Für den Parteivorstand und die Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei sprach Genosse Brey-Hannover: „Treue Pflichterfüllung für die Entrechteten und Bedrückten kennzeichnete sein arbeitsreiches Leben. Du warst ihnen Berater und Helfer, aber du gehörst zu jenen, die nicht sterben, denn dein Wirken und Berken lebt weiter. Du hast Kämpfer erzogen im Geiste der Solidarität, der Freiheit und des Sozialismus.“ — Ein Vertreter der Arbeitgeber im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts widmete Hermann Müller Worte persönlicher Wertschätzung.

Dann nahm der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften Jouhaug für die Gewerkschaftsinternationale und die französischen Arbeiter im besonderen das Wort. „Wir sind auf das Schmerzlichste durch den Tod Hermann Müllers berührt. Wir haben immer seine Klugheit bewundert und seine Ratschläge beachtet. Er war ein Mensch von bezähmter Leidenschaft, der seine ganze Kraft an die Interessen der Arbeiterklasse setzte. Wir weihen unsere brüderlichen Grüße seinen Werken und seiner Persönlichkeit.“ „Über allen Gipfeln“ erklang, Orgelmusik ertönte, die Fahnen senkten sich, langsam entschwand der Sarg des toten Kämpfers der Arbeiterschaft.

abstimmung über die gesamte, vom Ausschuss geänderte Vorlage stimmten nur die Deutschnationalen, das Zentrum und ein Teil der Bürgerlichen Vereinigung (früher Wirtschaftspartei) dafür, alle anderen Fraktionen dagegen. Damit war eine Neuregelung der Bezirksverwaltungen von den Stadtverordneten abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte gegen die Vorlage, weil Anträge angenommen worden waren, die gegenüber dem jetzigen Zustand keine Besserung hätten bringen können.

Schließlich wurde die Debatte abgebrochen, um in einer späteren Sitzung fortgesetzt zu werden. In der nächsten Woche findet die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion um 16 Uhr vor der Stadtgemeindevorstandung statt.

## Straßenbahnunglück Zwei Verletzte

Im Norden Berlins, an der Ecke Swinemünder und Bernauer Straße, ereignete sich gestern am frühen Nachmittag ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der Linie 148 und einem Arbeitswagen der Straßenbahn. Ein Fahrzeug wurde aus den Schienen geschleudert und schwer beschädigt. Zwei Verunglückte mußten durch die alarmierte Feuerwehr ins Lazarus-Krankenhaus nach der Bernauer Straße gebracht werden.

Die Ursache des Zusammenstoßes konnte bisher noch nicht geklärt werden. Die Linie 148 wurde seitlich gerammt und der Anprall war so stark, daß der Wagen aus den Schienen geschleudert und das Untergestell abgerissen wurde. Der entgleitete Wagen neigte sich derart bedrohlich zur Seite, daß sein Umstürzen befürchtet wurde. Der 26jährige Straßenbahnführer Wilhelm Wintel aus der Tempeliner Straße 8-9 und die 52jährige Frau Marie Buchwald, die im Innern des Straßenbahnwagens saß, wurden verletzt.

Am Hahnenhorster Damm wurde der Schüler Hermann Schneider aus Hahnenhorst, Gartenfeldstraße, von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Das Kind fand im Spandauer Krankenhaus Aufnahme. — Am Markgrafendamm in Rummelsburg raste der 25 Jahre alte Motorradfahrer Otto Polten aus der Kolonie Friedensau in Friedrichsfelde mit einem Lastauto zusammen. P. erlitt einen doppelten Schädelbruch. Vermislos fand er im Auguste-Viktoria-Krankenhaus Aufnahme.

## Sie suchten den Tod

Im Keller des Hauses Bornemannstraße 13 erhängte sich gestern der 73jährige Maurer Gustav Sch. Als die Tat des Greises von Angehörigen entdeckt wurde, war keine Hilfe mehr möglich. — In der Beustelstraße 65 vergiftete sich der 65jährige Klempner Emil R. durch Gas. Auf dieselbe Weise nahm sich der 32 Jahre alte Schornsteinfeger Johannes N. das Leben. — Aus der Ratterstraße im Nordosten Berlins wird der Selbstmord eines 77jährigen Rentners Wilhelm R. bekannt. R. wurde in seiner Stube durch Gas vergiftet tot aufgefunden.

Im Hause Hauptstraße 81 in Wittenau kam gestern die 70jährige Witwe Pauline R. auf tragische Weise ums Leben. Die Greisin hatte den Verschlußhahn des Gaskochers nur halb geschlossen und durch die ausströmenden Gase wurde sie getötet. Als Hausbewohner auf den Unglücksfall aufmerksam wurden, war es bereits zu spät.



# Wo man probt, lobt man „Saba“

Wußten Sie, daß allein in Berlin täglich Millionen „Saba ohne“ geraucht werden und daß „Saba ohne“ Berlins meistgerauchte Cigarette ist? Diese Tatsachen beweisen besser als alle Worte die unerreichte Qualität.



# Die Gräber der Armen

Auch der ärmste Bürger Berlins wird würdig bestattet

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Sterben viel Geld kostet. Der Sarg, Ueberführung, Träger, Friedhofsgebühren, Kapellenbenutzung mit Altarlichtern, Dekoration und Harmoniumspiel kosten rund 200 Mark. Beim plötzlichen Tode eines Angehörigen für Tausende von Familien eine beinahe unerwünschte Ausgabe. Es bleibt nichts anderes übrig, als das zuständige Wohlfahrtsamt um ein Armenbegräbnis zu bitten. Nun sollte man eigentlich annehmen, daß der Gedanke der Bestattungsvorsicherung, der das finanzielle Risiko eines plötzlichen Todes auf den geringen Wochenbeitrag für den jeweiligen Bestattungsverein herabmindert, weitgehend in der Bevölkerung Fuß gefaßt hätte. So weitgehend, daß die Wohlfahrtsämter dadurch allmählich eine Entlastung erfahren. Das ist jedoch nicht der Fall. Mit der Verschärfung der Krise sind von Jahr zu Jahr die Zahlen der Armenbegräbnisse gestiegen.

## Wer zahlt das Begräbnis?

Würdig unter die Erde gebracht wird in Berlin auch der Ärmste. War jemand vor seinem Tode Unterstützungsempfänger, dann begräbt ihn das Wohlfahrtsamt. Hatte dagegen der Verstorbene bislang Arbeit, dann tritt zum mindesten der § 29 der Satzungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Kraft, dessen erster Absatz heißt: „Als Sterbegeld wird beim Tode eines Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohns gezahlt.“ Dieser Grundlohn errechnet sich nach dem Einkommen des Verstorbenen. War der Mann außerdem Mitglied einer Gewerkschaft, dann zahlt auch der Verband ein angemessenes Sterbegeld. Sollte nun aber der seltene Fall eintreten, daß ein Verstorbenen nirgendwo zuständig ist, dann ist es erstmalig Sache seiner unmittelbaren Verwandten, den Vater, den Sohn oder den Bruder zu bestatten. Erst wenn sich herausstellt, daß die Verwandten ebenfalls kein Geld haben, dann übernimmt das Wohlfahrtsamt die Kosten. Und hier

ist es nun bezeichnend für die allgemeine Verarmung, daß auch die Verwandten ohne Mittel sind und steigt unausgesetzt die Zahl der Armenbegräbnisse.

Es gibt nun noch ein Moment, das bis zu einem gewissen Grade den Armenbegräbnissen entgegenwirkt: der Ehrgeiz der Ueberlebenden, dem toten Angehörigen ein würdiges Begräbnis auszurichten. Selbst arme Familien suchen oftmals die letzten

Der Arbeiter-Lithetenbund veranstaltet am Sonntag, 20. November, um 16 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide, einen

## Reichs-Kunstler-Wettstreit.

Das Programm sieht hervorragende künstlerische Darbietungen vor.

Redner: Franz Künstler, M. d. R. Eintrittspreis: 60 Pf. Erwerblosafe: 40 Pf.

Die Parteigenossen und -genossinnen werden gebeten, die Veranstaltung durch recht regen Besuch zu unterstützen.

Der Bezirksvorstand.

Groschen zusammen, kaufen einen Sarg und lassen die Kapelle deflorieren. „Ich sage Ihnen, ein schönstes Begräbnis hat er gehabt!“, meinen nachher die Frauen aus dem Hause. Und bei Armenbegräbnissen denkt heute noch jeder sofort an die Kafentafel der Armenverwaltung aus der Vorkriegszeit. Es gibt nun einmal so in Berlin drin: das Aushängeschild für das Renommee einer Familie ist oft noch immer die Höhe des Sarges bei einem Begräbnis. Wie gesagt, dieser Umstand könnte ebenfalls der steigenden

Zahl der Armenbegräbnisse entgegenwirken; unsere Zeit ist jedoch so bitter, daß selbst diese Rückfluten der Angehörigen mehr und mehr in den Hintergrund treten müssen.

## 1931: 4515 Armenbegräbnisse

Hierzu nun einige Zahlen aus dem vorigen Jahre. 1931 hatten beispielsweise die städtischen Friedhöfe 13 500 Erdbestattungen und 15 000 Einäscherungen zusammen also 28 500 Bestetzungen. Hieran waren nicht weniger als 3365 Armenbegräbnisse. Bei den kirchlichen Friedhöfen ist das Verhältnis nicht so trüb, von 22 000 Bestetzungen waren 1150 Armenbegräbnisse. Dabei kommen übrigens, wenn man das vorliegende Zahlenmaterial genauer ansieht, die merkwürdigsten Sachen vor. So mußte 1931 der Bezirk Wedding in 309 Fällen für seine verstorbenen Einwohner das Begräbnis bezahlen. Nun hat der Bezirk Wedding ein großes Krematorium, das jeder kennt. Aber nur vier ließen sich verbrennen, die anderen 305 verlangten wie zu Großvaters Zeiten beerdigt zu werden. In Charlottenburg sind wieder die Armen anscheinend alle fromm. Dieser Bezirk hatte im vergangenen Jahre sogar 345 Armenbegräbnisse auszuführen, davon 340 auf kirchlichen und nur 5 auf städtischen Friedhöfen.

Nun ist heute ein Armenbegräbnis von einem Privatbegräbnis dem Augenschein nach kaum zu unterscheiden. Der Kafentafelgehör der Vergangenheit an und ebenso erhält heute auch jeder für „arm“ Begrabene seinen Grabhügel. Früher machten in der Tat die Armengräber ohne jeden Hügel einen traurigen Eindruck. Heute bezahlt das Wohlfahrtsamt das Geld für den Hügel und für den ersten Kafentafel unmittelbar an die Friedhofsverwaltung. Ebenso haben die Särge, die das Wohlfahrtsamt kauft, heute die vorgezeichnete Höhe von 75 Zentimetern. So arm an sich die Stadt Berlin ist, aber würdig unter die Erde gebracht wird auch ihr ärmster Bürger.

figerin solch elektrischer Apparaturen ist, hat eigentlich nichts anderes zu tun als Hebel und Schalter zu bedienen. Sie schaltet den Staubsauger ein, worauf der alles schluckt, was vom Fußboden zu verschwinden hat, dann stülpt sie auf den noch warmen Nackthals rasch ihre frischgewaschenen Strümpfe und im Nu sind sie getrocknet. Nun geht sie an den Kochherd, stellt das Fleisch ins Brotrohr, Gemüse und Kartoffel auf die Herdplatte, dreht auf, „short anstehen“ und überläßt die Gerichte ihrem elektrischen Schicksal. Inzwischen ist es 11 Uhr geworden und die Schallplattenmusik im Radio ruft. Unter schmelzenden Geigennoten plätscht es sich mit dem elektrischen Eisen nochmal so gut. Wenn die Plätterei erledigt ist, ist auch das Essen soweit und schmort, erst bei kleinstem, dann ohne jeden Stromverbrauch durch die aufgespeicherte Wärme, seiner Vollenbung entgegen. Die elektrische Kochweise wird in einer Lehrküche am praktischen Beispiel eingehend und schmackhaft demonstriert. Am praktischen Kochföhl, das augenblicklich von den Frauen der Elektroinstallateure besetzt ist, wird jeden Abend von 8 bis 12 Uhr elektrisch gekocht, gebacken und gebraten.

## In wenig Worten

Vor etwa elf Tagen hatte die Hamburger Sportlerin Müller von Calais aus den Versuch unternommen, den Meridional mit einem Paddelboot zu durchqueren. Da sie seit ihrer Abfahrt vermisst wurde, befürchtete man das Schlimmste. Jetzt wird bekannt, daß der in Dänischen stationierte Hamburger Schleppdampfer „Fairplay V“ die Paddlerin aus schwerer Seemot gerettet und in Dänkirchen an Land geleitet hat.

In Dresden wurde ein 21jähriger Fleischergehilfe Müller wegen Mordes verhaftet. Er hat in der Nacht zum Freitag in Döberitz, einem kleinen Ort in der Sächsischen Schweiz, seinen 56 Jahre alten Vater erschlagen. Der Täter legte ein Geständnis ab.

In der Nähe von Osterburg (Altmark) wurde der Leichnam eines etwa 50jährigen Mannes gefunden. Nach ärztlicher Feststellung ist der Tote ein Opfer der Räfte.

In Palermo stürzte ein Wohnhaus ein. Fünf Personen wurden getötet, elf schwer verletzt.

Auf dem Hauptbahnhof des Hauptbahnhofs in Rom wurde ein Koffer geöffnet, der einen üblen Geruch ausströmte. Das Gepäckstück enthielt die Teile eines weiblichen Korpers, die in zwei anderen Koffern, die am Vortage unter den gleichen Umständen in Neapel geöffnet worden waren, fehlten. Von den Urhebern des Verbrechens fehlt noch jede Spur.

Die Fliegerin Amy Johnson ist gestern in Kapstadt gelandet.

Nach sechseinhalbwöchiger Verhandlung vor der Strafkammer in Nordhausen wurde das Urteil im Prozeß wegen der großen Veruntreuungen bei der Uelder Allgemeinen Ortskrankenkasse gefällt. Der Geschäftsführer Hartig erhielt 2½ Jahre Gefängnis, der Generalversicherungsagent Ridel 4 Monate Gefängnis, Kaufmann jun. 1 Jahr 10 Monate Gefängnis, Dr. Wallbaum 1000 Mark Geldstrafe, Dr. Stummthal 9 Monate Gefängnis und Dr. Henrich 500 Mark Geldstrafe. Sieben weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

## Jugendstuben

Die Not der Großstadtjugend

Nach den Schätzungen der Arbeitsämter steht ein Fünftel aller Berliner Erwerbslosen im Alter bis zu 21 Jahren. Diese Jugendlichen, die oft sofort nach Beendigung ihrer Lehrzeit arbeitslos geworden sind und nun schon seit Jahren ohne feste Arbeit sind, unterliegen in erheblichem Maße den Einflüssen der Großstadt, sie sind in ihrer beruflichen Entwicklung stark gefährdet und drohen, auf eine schlechte Bahn zu kommen.

In seinen Vorschlägen hat das städtische Jugendwohlfahrtsamt bereits durch regelmäßige Werk- und Unterrichtskurse in allen Bezirken für eine berufliche Weiterbildung der erwerbslosen Jugendlichen Sorge getragen. Allein der Kreis der Beteiligten ist selbst bei einem Wechsel der Kursbesucher zu klein und ein großer Teil der erwerbslosen Jugend wird nicht durch diese Werkkurse und auch nicht durch die Berufs- und Fachkurse oder den freien Arbeitsdienst erfasst. In Anerkennung der hohen Bedeutung, die jedem Erziehungs- und Hilfswerk für die erwerbslose Jugend zukommt, hat der Oberbürgermeister jetzt alle Bezirksverammlungen angewiesen, die Einrichtung von Jugendstuben nach Möglichkeit zu fördern und auch leerstehende städtische Räume für deren Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Im Planetarium am Zoo läuft der von Professor Dährensurth aufgenommene Film der Internationalen Himalaya-Expedition, die eine der erfolgreichsten Fahrten war, die je in den Hochgebirgen Zentralasiens ausgeführt wurden.

## Lockendes Geld

Fünf Jahre Gefängnis für Briefträgerüberfall

Am 3. Oktober d. J. wurde der Geldbriefträger Schröder im Hause Friedrich-Wilhelm-Straße 82 in Tempelhof Opfer eines brutalen Raubüberfalles. Er kam mit geringen Kopferverlusten davon, der Täter wurde gefaßt. Es war der 27jährige Arbeitslose Sch. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Jahren elf Monaten Gefängnis.

Eigentliche Not habe der Angeklagte nicht gelitten, hieß es in der Urteilsbegründung. Er teilte das Schicksal von Millionen Volksgenossen. Daß er aber nicht arbeitslos war, hat das Gericht veranlaßt, ihm mildernde Umstände zuzusprechen. Wenn man diesen Siebenundzwanzigjährigen mit den feingeknickten Zügen vor sich sieht, so scheint es kaum glaubhaft, daß er diesen hinterhältigen Ueberfall auf den Briefträger unternommen haben kann. Dann hört man aber, daß er bereits einmal als Ahtzehnjähriger wegen eines Raubüberfalles — damals wurde der Wächter auf dem Bauplatz in der Schweinmörder Straße von mehreren Leuten gefesselt — zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Nach Verbüßung der ersten Strafe hatte er immer wieder Arbeit

gesucht und gefunden. Man war mit ihm stets zufrieden. Er verdiente zeitweilig bis 250 Mark monatlich. Schließlich wurde er arbeitslos. Er wohnte bei den Eltern, erhielt Wohlfahrtsunterstützung, die Beschäftigungslosigkeit zehrte an ihm. Sein Versuch, zur Fremdenlegion zu gehen, schlug fehl; er fuhr nach Hamburg, um sich nach Amerika einzuschiffen, auch das mißlang. Von Bremen kehrte er zu Fuß nach Berlin zurück. Von Arbeit konnte keine Rede sein. Da kam er auf den Gedanken, einen Geldbriefträger zu überfallen. Er erwarb verschiedene Pläne, stellte Beobachtungen an und entschied sich schließlich, den Briefträger Schröder in der Friedrich-Wilhelm-Straße zu überfallen. Von einem Hammer entfernte er den Stiel, er brauchte doch ein Schlagwerkzeug. Am 3. Oktober verstaftete er sich auf der Treppe des Hauses, und als Schröder, der 50000 Mark bei sich führte, eben im ersten Stock eine Bestellung hatte, schlug er mit dem Hammer auf ihn ein. Der Ueberfallene wehrte sich, schrie um Hilfe, das Silbergeld rollte die Treppe herunter, der Räuber versuchte, den Lederrücken zu durchschneiden, auch das gelang ihm nicht, er flüchtete und wurde gefaßt...

Paul Böbes, Konzert der Kapelle Männede, turnerische und gymnastische Vorführungen der Jungmädchen- und Sportgruppen, das vortreffliche Programm des Clou und Tanz füllten den Abend aus. Eintritt nur 75 Pf. Hauptgewinne der Tombola sind eine Hapag-Freifahrt nach Helgoland und eine Nähmaschine.

## Affäre der Autoschieber

Auf der Suche nach Cafétier Erban

Das Autodejernet der Berliner Kriminalpolizei hat eine umfangreiche Suchaktion nach dem noch immer spurlos verschwundenen Cafétier Erban eingeleitet. Der Finanzier der großen Autoschieberbande konnte aber bisher nicht gefunden werden.

Die Nachrichten wollen nicht verstummen, daß sich der Gesuchte noch immer in einem geheimen Schlupfwinkel in Berlin aufhält. Die Untersuchung der Autoschieberbande hat inzwischen große Ausmaße angenommen. Nicht nur, daß im Zusammenhang damit ein Gerichtsassessor Dr. K. genannt wird, über dessen Rolle die weitere Untersuchung erst noch Klarheit schaffen muß, so werden auch noch andere Personen in die große Affäre hineingezogen. Es soll dabei ein Rechtsanwalt beteiligt sein, der schon einmal im Mittelpunkt einer üblen Bechsellaffäre stand und vom Gericht perurteilt wurde. Die Ermittlungen

der Behörden ergaben, daß auf seinen Namen jene Schuldtitel besorgt wurden, mit denen später Versteigerungen von gestohlenen Autos ermöglicht wurden. Der Anwalt bestritt bisher jegliche Beteiligung an den Schiebergeschäften und behauptete, daß er den Leuten nur juristische Gutachten gegeben und sonst nichts mit ihnen zu tun habe.

Der freche Ueberfall auf die Hausverwalterin Frau Sporleder aus der Schönhauser Allee 72 hat mit der Festnahme des einen der drei Räuber bereits eine schnelle Aufklärung gefunden. Am Sonnabendabend wurde in der Straßburger Straße der 24 Jahre alte Arbeiter August Erdelt aus der Meyer Straße 16 von Polizeibeamten festgenommen. Er gab zu, an dem Ueberfall beteiligt gewesen zu sein.

## Kinderzeichnungen

Eine sehenswerte Ausstellung

Das soziale Institut des „Bereins Jugendheim E. B.“ veranstaltete im Klubhaus am Anie eine Tagung mit dem Thema „Kinderzeichnungen“. Die so oft in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit behandelte Materie wurde hier in der Hauptsache von der psychologischen Seite angepaßt, so daß auch die Ausstellung, die mit der Tagung verbunden war, ein anderes Bild als das gewöhnliche zeigte, wo Kinderarbeiten nach rein äußerlichen Gesichtspunkten beurteilt wurden. Interessant waren hier die Entwicklungsreihen von Zeichnungen eines gesunden und eines kranken (nervösen) Kindes. Es wird versucht, die Zeichnungen psycho-analytisch auszuwerten. Man kann so zu Heilungsvorschlägen nötiger Erscheinungen bei Kindern gelangen, denen sonst kaum beizukommen ist, da selten andere Äußerungen der Kinder so ungehemmt sind als die bildhaften. Ein Kinderheim zeigt Versuche mit Kollektivarbeiten.

Die Tagung begann mit einem Referat von Frau Hanna Koelch: Die künstlerische Absicht des modernen Zeichenunterrichts. Der Zeichenunterricht will keine Künstler erziehen, schon der geringe Prosentatz wirklich begabter Kinder zeigt die Sinnlosigkeit einer solchen Annahme. Er will nur dem Menschen eine Ausdrucksmöglichkeit schaffen, die der Anlage eines jeden entspricht. Auf dem scharfen Grat zwischen Naturnachahmung und Abstraktion, zwischen Kopie und „Seelenpapete“ stehen Kunst und Kindererziehung zu viel Naturkreise zerstört den Ausdruck, zu viel Hineingeheimnisse zerstört die Wirklichkeit.

## Der elektrische Haushalt

Die moderne Propaganda hat im Filmstreifen unbedingt eins der lebendigsten, wirksamsten Werbemittel gefunden. So sah man im Haus der Technik einen von der UGB hergestellten Spielfilm, der die Freuden und Vorteile der elektrischen Hausgeräte in bereicherter Form zur Geltung brachte. Die Hausfrau, die glückliche Be-

## Neue Rundreisefarten

Mit 25 Proz. Fahrpreisermäßigung

Der in diesem Jahre in Baden, Bayern und Ostpreußen unternommene Versuch mit festen Rundreisefarten mit 25 Proz. Fahrpreisermäßigung, die für bestimmte, gern befahrene Rundverbindungen ausgegeben werden, soll nunmehr auf den gesamten Bereich der Reichsbahn ausgedehnt werden, soweit ein Bedürfnis hierzu besteht. Einzelne der neuen Rundreisefarten werden voraussichtlich schon in der Winterreisezeit 1932/33 ausgegeben werden. Die Karten haben eine Geltungsdauer von 15 Tagen bei Entfernungen bis 200 Kilometer und von 30 Tagen bei größeren Entfernungen. Die Rundfahrt kann auf einem beliebigen Bahnhof des Reiseweges in der einen oder anderen Richtung angetreten und innerhalb der Geltungsdauer beliebig oft und beliebig lange unterbrochen werden. Schnell- und Eilzugbenutzung ist gegen Zahlung des einmaligen Zuschlages für die gesamte Rundreisestrecke zugelassen.

Im Verkehrsberich Karlsruhe sind bisher über 8000 Karten, in den Bezirken München und Augsburg über 5700 Rundreisefarten verkauft worden.

Das republikanische Herbstfest des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Clou, Bauerstraße 82, das am Sonnabend, 20 Uhr, stattfindet, erhält seine besondere Note durch die Ansprache

# Berliner Herbst-Fischzug

## Die Stadt als Züchter: Hechte, Karpfen und Schleie

Jedesmal, wenn im Herbst das Laub von den Bäumen rieselt und das Jahr sich seinem Ende nähert, erwacht den Gartenbauern der vorjährigen Berliner Stadtbezirke eine besondere Aufgabe, nämlich die Reinigung der zahlreichen Fischteiche in den Berliner Anlagen und die Wichtung der Fischbestände. Es ist tatsächlich so, daß dann ein Teil der Fische aus den Teichen herausgenommen, verkauft wird, um in die Kochtöpfe der Berliner Hausfrauen zu wandern. Bisher haben wohl die wenigsten, die an den Parkteichen gestanden und den Fischen Brotkrumen oder andere Dinge zugeworfen haben, gewußt, daß die Fische dort unten bei weitem nicht alles Fressfische sind. Gibt es also im Sommer seit alter Zeit den bekannten „Stralauer Fischzug“, so im Herbst einen regelrechten Berliner Fischzug.

Das Bezirksamt Tempelhof hat in diesem Jahre beispielsweise nur eine recht kleine Ausbeute gehabt. Während in vergangenen Jahren durchschnittlich ein halber Zentner gute Karpfen und fette Schleien von 1/2 bis 3/4 Pfund Gewicht gefangen wurden, waren es diesmal nur einige 20 Pfund. Im Frühjahr wird der Bestand der Fische durch Einsetzen von junger Brut wieder auf die alte Höhe gebracht. Einige besonders große und alte „Fischpapas“ kommen nicht in Gefahr in den Netzen der Berliner zu wandern, denn sie bleiben als Augenweide erhalten. Früher einmal hatte man auch Kautschische, die Forellen-Barsche, in einigen Teichen untergebracht. Der Schaden war aber größer als der Nutzen und nun gibt es keine Forellenbarsche mehr.

Überall wurden die Teiche jetzt entschlammt und die Fischbestände während der Arbeiten herausgenommen. Den ganzen Winter über bleiben die Wasserbewohner dann in ihren Teichen. Sollte der Frost gar zu arg wüten, daß die Eisdecke zu stark wird, dann werden Löcher ins Eis geschlagen, um den Fischen den notwendigen Sauerstoff zuzuführen. Den ganzen

Sommer über werden die Fische mit Lupicin (Lupinen) gefüttert; im Winter hört das Füttern fast gänzlich auf. Empfindliche Fischarten, wie Goldfische, kommen in Winterquartiere, sie werden in Aquarien in gut temperierten Räumen untergebracht.

In den nächsten Tagen soll auch der große Karpenteich im Tiergarten entschlammt werden. Im Laufe der Jahre hat sich nämlich durch herabfallendes Laub sowie Morast gebildet, daß endlich einmal zu einer Reinigung geschritten werden muß. Bei dieser Gelegenheit hofft man, endlich auch einmal die gefährlichen Fischräuber, mehrere Hechte, die als Kleinräuber vom Landwehrtanal her Eingang in den Karpenteich gefunden haben und inzwischen zu ansehnlicher Größe gediehen sind, zu fangen. Bisher sind nämlich die Hechte allen Kochstellungen erfolgreich entgangen. Auch der Neue See im Tiergarten beherbergt einen nicht unansehnlichen Fischbestand von

## Die eigene Lotterie aller Wechtätigen — die Arbeiterwohlfahrtslotterie 1932

Karpfen, Schleien, Hechten und anderen ehbaren Fischen. Auch hier ist der Fang sehr schwierig und nicht allzu lohnend, weil die Fische vor den Netzen in den Morast entweichen. Ein Ablassen des Wassers ist hier aber ganz unmöglich und so können sich die fetten Schleien des Neuen Sees weiter an der Kousseauinsel, wo der Lieblingsaufenthalt dieser Schwärme ist, wie Gartenbaudirektor Timm von der Tiergartenverwaltung erzählt, ihres Lebens und, wenn es schön ist, der Sonnenstrahlen erfreuen.

Landwirtschaft: eine Medaille Max Nowicki für weiße Riesen, von der Landwirtschaftskammer Berlin; eine Medaille Joh. Schulz für Angorataninchen, ferner erzielten Medaillen Vieh für belgische Riesen und Riese für weiße Riese.

## Ein Gedenkbuch

### Die jüdischen Gefallenen

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hat ein Gedenkbuch für die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen geschaffen, das feierlich der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Bei dem Weibakt im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats konnte der Bundesvorsitzende Vertreter der Regierungen sowie zahlreiche Vertreter der Verbände und der Presse begrüßen. Das Reichswehrministerium hatte Oberstleutnant Ott, der auch als erster das Gedenkbuch übernahm, entsandt. Außerdem waren für die Marine und die Berliner Polizei hohe Offiziere anwesend. Von den einzelnen Verbänden der Frontsoldaten waren das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Stahlhelm und der Roffhauerbund vertreten.

Wie Hauptmann a. D. Dr. Leo Löwentz bei seiner Gedenkrede darlegte, entsprechen die 12 000 jüdischen Gefallenen, die in dem neuen Buch namentlich aufgeführt sind, bei 550 000 deutschen Juden der Gesamtzahl aller deutschen Toten im Verhältnis zum ganzen deutschen Volk. Damit sind alle Angriffe widerlegt, daß das Judentum im Weltkrieg nicht seinen Mann gestanden hätte. Wie aber Dr. Löwentz weiter anführte, kommt es nicht darauf an, die im Weltkrieg gefallenen Juden besonders herauszustellen, sondern das Judentum kämpft nur für

eine Gleichberechtigung und Gleichachtung im deutschen Volke.

Enschliegend sprach Dr. Ludwig Freund über „Frontgeneration und Vaterland“. Die Frontsoldaten haben zwar nicht den Krieg gemißt, aber das Schicksal hat sie zu einer festen Gemeinschaft zusammengeschlossen. Die Frontgeneration hat ohne Unterschied der Variet, des Standes und der Konfession unendliche Opfer für das Vaterland gebracht. Diesem wirklichen Volksgott der Frontsoldaten gilt heute unsere Erinnerung, und bei diesem Andenken wollen wir daran arbeiten, daß auch in Zukunft die Einheit der Nation erhalten bleibt. Er schloß seine Ausführungen mit einem Appell an das Kameradschaftsgefühl und der Aufforderung zum Zusammenfluß aller wertvollen Kräfte, um den Wiederaufstieg Deutschlands herbeizuführen.

## Der genötigte Autobus

### Acht Monate Gefängnis für Chauffeur

Der 29jährige Chauffeur Kurt Hiermann wurde gestern vom Sondergericht wegen vollendeter Nötigung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Am 4. November hatte er sich vor dem Autobusdepot in der Heidemstraße mit gepreizten Beinen und ausgebreiteten Armen hingestellt und den herausfahrenden Autobus zum Halten gezwungen. Als er festgenommen werden sollte, versuchte die Menschenmenge ihn zu befreien; der Verhaftete wurde von der Polizei gefesselt.

Der Angeklagte erklärte, am fraglichen Tage mehrere Rollen und Schnäpfe getrunken zu haben. Er sei erst wieder nüchtern geworden, als er verhaftet wurde. In den Vorgang selbst erinnere er sich nicht. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis wegen Nötigung. Das Gericht verurteilte ihn, wie oben berichtet, zu acht Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Tolt an, daß hier ein typischer Fall der Nötigung vorliege. Die Schutzbehauptung des Angeklagten, er sei so betrunken gewesen, daß er nicht wisse, was er getan habe, treffe nicht zu, der Angeklagte habe am selben Abend seiner Frau ausführlich erzählt, was geschehen war.

Das Sondergericht verurteilte den Arbeiter Schramm wegen „versuchter Nötigung an der Straßenbahn“ zu sechs Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt. Die Anklage lautete auf Transportgefährdung. Die Verhandlung war verlegt worden, da ein Sachverständiger gehört werden sollte.

Der Angeklagte Schramm soll gemeinsam mit anderen Leuten am 4. November in Treptow Pfastersteine über die Straßenbahnen gehäuft haben. Der Sachverständige erklärte, daß eine Gefährdung der Straßenbahn durch diese Handlung des Angeklagten nicht vorgelegen habe, da der Straßenbahnführer am hellen Tage den Steinhaufen sofort bemerkt und gehalten hätte. Der Staatsanwalt ließ darauf die Anklage wegen Transportgefährdung fallen und beantragte wegen Nötigung die Höchststrafe von einem Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilte Schramm zu sechs Monaten Gefängnis.

## Weihnachtsmarkt 1932

Die Bezirksämter Mitte und Friedrichshain geben folgendes bekannt: Straßen- und sonstige Händler, die während der Zeit des diesjährigen Weihnachtsmarkts auf den Straßen der Verwaltungsbezirke Mitte und Friedrichshain einen festen Standplatz zugewiesen haben wollen, haben die Erlaubnis hierzu unverzüglich bei dem für den Standort zuständigen Polizeikommissar zu beantragen. Außerdem haben sie das Entgelt für die Benutzung des Standplatzes an die zuständige städtische Standplatzausgabenstelle vor Einnahme des Standplatzes zu entrichten. Standplatzausgabenstellen sind: Für den Verwaltungsbezirk Mitte: Die Baudeputation, Klosterstraße 68, 2 Treppen, Zimmer 77; für den Verwaltungsbezirk Friedrichshain: Die Be-

zirkeasse Friedrichshain, Pallasstr. 37, Erdgeschoss, Zimmer 23. Die Ausgabe der Standplatze erfolgt bei diesen Verwaltungsstellen vom 7. Dezember ab in der Zeit zwischen 10 und 13 Uhr.

## Reichsreform?

Der Deutsche Republikanische Reichsbund veranstaltete einen Vorgesprächabend über das Thema „Reich und Länder“, auf dem Staatssekretär Dr. Krüger über die Reichsreform sprach. Er führte aus: Eine Reichsreform ist zweifellos nötig, denn der Dualismus zwischen Reich und Preußen ist auf die Dauer untragbar. Gerade die Republikaner sind deshalb auch immer für die Durchführung der Reichsreform eingetreten, und auch die Regierung Braun hat sich damit einverstanden erklärt, daß ein Teil der preußischen Befugnisse auf das Reich übertragen werde. Wogegen sich die Republikaner aber wenden, wogegen sich jeder vernünftige Mensch wenden muß, das ist die Tatsache, daß jetzt von gewissen Kräften versucht wird, die Reichsreform nicht auf verfassungsmäßigem Wege, sondern mit dem Artikel 48 durchzuführen. Würde die Reichsregierung das tun, so bedeutet das, was hat der Staatsgerichtshof ausdrücklich festgestellt, einen glatten Verfassungsbruch. Mit dem Artikel 48 kann man zwar alles Mögliche, sogar sehr viel Unrechtes tun, man kann aber auf keinen Fall die Verfassung ändern, und die Reichsreform ist zweifellos eine Verfassungsänderung. Über den Kreisen, die jetzt so energisch nach der Reichsreform schreien, kommt es ja in Wirklichkeit gar nicht auf diese Reform, sondern darauf an, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen und sich selbst die 1918 entriessene Machtstellung wiederzugeben. Aufgabe der Republikaner ist es deshalb, für eine vernünftige, sinnvolle und verfassungsmäßige Reichsreform einzutreten, vor jedem unsinnigen Experiment, vor jedem Verfassungsbruch aber eindringlich zu warnen.

## Wie wird das Wetter?

In Berlin: Nach kalter Nacht am Tage heiter und etwas wärmer, bei schwachen bis mäßigen nordöstlichen Winden. — In Deutschland: In Ost-, Mittel- und Norddeutschland vorwiegend heiter, in West- und Süddeutschland demüßigt bis heiter, aber noch trocken, überall nachts sehr kalt.

Genosse Adolf Otto in Falkenberg bei Grünau, der Mitbegründer und langjährige Leiter der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft und der Gartenstadt Falkenberg bei Grünau, der nachmals so populär gewordenen „Kolonie Tuschlitten“, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Otto, eine ausgesprochene Kampfnatur, hat in und drei Jahrzehnte in Berlin und in Deutschland mit seinen engeren Freunden, vornehmlich den Brüdern Laut, Robert Taub und Bernhard Kampfmeyer, für eine grundlegende Um- und Neugestaltung der deutschen städtischen Bau-, Siedlungs- und Wohnart gekämpft. Ihm ist es mit zu verdanken, wenn es endlich gelungen ist, die Idee der Mietkasernen zu zerschlagen. In unermüdlicher Arbeit gelang es ihm mit seinen Freunden, etwa 50 Muster-Siedlungen in Deutschland zu schaffen. Die Berliner Siedlung bei Grünau ist wohl am schwersten durchzuführen gewesen. Von den alten Genossen, die hier mit Adolf Otto und Bernhard Kampfmeyer zusammenarbeiteten, seien noch Albert Kohn und Alwin Körsten genannt. Seine internationale Tätigkeit darf nicht unerwähnt bleiben.

Die Zahnärztinnen werden aus. Es ist eine irdige Aufgabe, zu glauben, Zahnärztinnen können nicht verheiratet werden. Dabei ist nichts leichter als das. Allerdings muß man seine Zähne pflegen. Wer deshalb seine Zähne von Zeit zu Zeit durch einen tüchtigen Fachmann nachsehen läßt — auch dann, wenn seine Zahnärztin ausfällt — und regelmäßig täglich mindestens einmal — und zwar abends! — die Zähne gründlich mit der eigenen Zahnbürste und einer guten Zahnpaste putzt, wird nicht unter Zahnärztinnen zu leiden haben. Chlorodont ist die Zahnpaste von höchster Qualität und spezial im Verbrauch.

## Revue der Kaninchen

„Voll in Rot, Kaninchenzucht Gebot“: Unter diesem Motto steht die erste Kreisverbandsausstellung, die unter dem Protektorat des Bürgermeisters Dr. Siggel-Wichtenberg in Berlin-Kummelsburg, Hauptstraße 87, eröffnet ist.

In der Kaninchenzuchtverwertung gibt es noch Verdienstmöglichkeiten auszunutzen, da wir, bislang den heimischen Felleverbrauch noch nicht im Lande decken können. Als das ganz besonders herausgezüchtete Fellekaninchen darf man wohl die Castor-Keg betrachten. Die ersten dieser Exemplare hat man fast mit Sie angedreht, so kostbar kamen sie einem vor. Die großen Hoffnungen, die man auf diese Tiere setzte, sind erfüllt, braucht doch ihr Fell nicht mehr geschoren zu werden, sondern kann gleich in die Hand des Werbers gehen. Die ersten Tiere waren von zarter Gesundheit, doch jetzt sind sie jetzt in den Farbenbläuen braun, schwarz, eisengrau, blau und weiß zuverlässig durchgezüchtet. Als neue Spielarten treten nunmehr Warber- und Chin-Keg in Erscheinung. Vorzügliche Fellekaninchen sind auch die Angora, die drei- bis viermal im Jahre geschoren werden können und deren Wolle dann verspinnen wird. In England ist die Verarbeitung der Angorakaninchenwolle sogar eine Großindustrie!

Dann sieht man noch weiße Riesen, die gejährt sowohl zu Leoparden wie zu Bibern werden, deutsche Riesenhasen, die ungejährt für Kinder Manteltragen, Bezüge und Kappen abgeben, blaue Wiener, die Federjag sind, französische Silber, die schwarz geboren werden, Hälten, bei denen man besonders auf Farbgleichheit achtet, belgische Riesen, die normalerweise 16 Pfund schwer werden, Schwarzlosh usw.

Von den Ausstellern belamen besondere Auszeichnungen vom preußischen Ministerium für

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Arbeit nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Beginn der Referentenreihe heute im Raum der Arbeiterschule, Lindenstr. 2, 2. Hof, 2. Tr. rechts, von 18 bis 19 Uhr spricht Genosse Prof. Dehne über „Wirtschaftslehre“, von 19 bis 20 Uhr spricht Genosse Prof. Kelenberg über „Deutsche Geschichte“. (Zugelassen werden nur bereits Angehörige.) — Zur Jugendheim-Veranstaltung, 4. u. 1. Tr., spricht um 19 Uhr Genosse Dr. Wachsen über „Marxistische Wirtschaftslehre“.

Abteilungsleiter! Reich! das Dezember-Programm und den Berichtbogen ein.

heute, Sonnabend: Kesseln 1: Fahrt nach Bräselang. Treffpunkt 19 Uhr „Rote Ede“, Untertier 50 Pl.

Werbebezirk Tiergarten: Kellern-Versteigerung, 1. Abend: Gewerkschaft und Partei im Klassenkampf, Referent Paul Bernheim. Beginn 19 Uhr pünktlich.

Werbebezirk Wedding: Sprechstunde von 18 bis 19 Uhr Schönheitsstr. 1, Paden von 19 bis 20 Uhr Gerichtsstraße, Spielstraße 20, 1. Hof Schönheitsstraße 1. — Morgen Schallplattenabend Willdenowstr. 5.

Morgen, Sonntag: Wedding-Nord: Treffpunkt zur Fahrt 8 Uhr Hbf. Wedding, Rittelbedplatz, Untertier 50 Pl. 18 Uhr Heimabend Willdenowstr. 5. — Krämpfplatz: Fahrt ins obere. Treffpunkt 7 Uhr Hbf. Schönhauser Allee. — Kalltenplatz: Treffpunkt zur Fahrt 7 Uhr Hbf. Ede-Mobilstraße. — Stralauer Viertel: Fahrt nach unten. Treffpunkt 7 Uhr Hbf. Stralauer-Kammelsburg. — Steglitz: Treffpunkt zum Kesselnbesuch 9 Uhr Rathaus, Untertier 50 Pl. — Wedding: 10 Uhr Sprechstunde bei Frau, Ullricher Straße.

Werbebezirk Kesseln: 9 Uhr erweiterte Bildungsausschussung in der Aula der Kinderbewahrschule, Gängehlerstraße.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Bananenfest, Matrosenveranstaltung, Tonfilm „Kriemhilds Land“, Dienstag, 20. November, im Festsaal des Film- und Palmbaums der Stadt Berlin, R.S. 87, Senefowstr. 1. Regitationen: Maria John. Einlaß

19½ Uhr, Beginn 20 Uhr, Untertier 50 Pl. Fahrtverbindungen: Straßenbahnlinien Nr. 21, 44 und 98. Autokennzeichen Nr. 6 und 18. — Heute, Sonnabend: Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Wochenblatt nach der Durchsicht zum „Bater König“, Treffpunkt 18½ Uhr Bahnhof Stralauer-Kammelsburg (Eingang Sonntagstraße), Untertier 1, 20 Pl.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten: Heute, Sonnabend, findet folgende Veranstaltung statt: Südost: Jugendheim Montanstraße, 7. Heimabend von 19 bis 22 Uhr.

Achtung, Eisenbahner! Dienstag, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Berlin, Engelauer 24-25, Verammlung aller im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands organisierten Parteigruppen. Franz Künzler, R. S. W., spricht über „Die politische Lage“. Genossen, erhebt euch wachsam und entsetzt rege Propaganda! Belunhet damit euren Vorständen, daß ihr gewiß frei, einmütig und entschlossen auch für den Freiheitskampf der Partei einzutreten. Mitglieds- und Parteibuch legitimieren. Der Werbeauschuh der SPD-Eisenbahner.



# Wie viel Arbeitslose gibt es?

## Hoffnungslosigkeit als statistischer Faktor

Der Statistiker des ADGB, Genosse Bogotinsky, beschäftigt sich in der heute erscheinenden Nummer der „Gewerkschafts-Zeitung“ mit dem Problem der unsichtbaren Arbeitslosen, das kürzlich so sonderbar im „Reichsarbeitsblatt“ behandelt wurde. (Siehe auch den „Vorwärts“, Nr. 537 vom 13. November.) Bogotinsky schreibt hierzu u. a.:

Wir müssen der vom Reichsarbeitsblatt aufgestellten Theorie entgegenreten: Sofern es sich hier nicht um ein Spiel mit Worten handelt, steht sie im krassen Widerspruch mit den Tatsachen. Nicht die leichte Verdienstmöglichkeit, sondern die Not hat bisher die Abwanderung der Selbständigen nach der Schicht der Arbeitnehmer bedingt. Millionen sind diesen Weg der Proletarisierung gegangen, und jeder von ihnen war sich dessen bewußt, daß er seine höhere soziale Stellung eingebüßt hat und nach unten herabgerissen wurde. Weit geringer ist die Zahl der ehemaligen Arbeitnehmer, denen es gelang, eine selbständige Existenz zu gründen. Für sie bedeutet diese Abwanderung in eine andere Schicht den sozialen Aufstieg. Jetzt werden aber vom Reichsarbeitsblatt

in diesen Fällen findet überhaupt keine „Abwanderung“, keine soziale Umschichtung statt! Die Menschen, die sich auf diese Weise in der schweren Zeit helfen, um nicht betteln zu gehen, sind arbeitslos. Ihre kümmerliche Existenz ist keine wirtschaftliche Selbständigkeit, sie bilden

### die untere Schicht des Arbeitslosenheeres,

seine unsichtbare Reserve, die in jedem Augenblick aktiv werden kann, und ihre Lage ist in dieser Hinsicht eine völlig andere, als die der wirklich Selbständigen oder ihrer Familienangehörigen.

Wir müssen daher die merkwürdige Theorie des Reichsarbeitsblattes ablehnen. Die verborgene Arbeitslosigkeit darf nicht durch solche Konstitutionen verhüllt werden. Wir wollen versuchen, ihren Umfang statistisch zu ermitteln.

Auf Grund der Ergebnisse der Berufszählung vom Jahre 1925 hat das Statistische Reichsamt die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland für die späteren Jahre berechnet. Im August dieses Jahres hat sie nach dieser Berechnung 20,9 Millionen betragen. Etwa 2,6 Proz. davon entfallen auf Kranke und Wöchnerinnen,

verfügbar waren etwa 20 345 000 Arbeitskräfte. Nach der amtlichen Statistik waren 12 755 000 davon regelrecht beschäftigt.

Diese Zahl ist auf die Weise gewonnen, daß die Zahl der gegen Krankheit pflichtversicherungspflichtigen Mitglieder der Krankenkassen mit der Zahl nichtkrankenversicherungspflichtiger Angestellten in der Arbeitslosenversicherung zusammengezählt und von der Summe die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen und der von den Arbeitsämtern gegen Krankheit versicherten Hauptunterstützungsempfänger abgezogen wird. Die Spanne zwischen den Zahlen der verfügbaren und der beschäftigten Arbeitskräfte gibt den Umfang der gesamten Arbeitslosigkeit im Lande wieder: Wir hatten Ende August dieses Jahres nicht 5,2 Millionen Arbeits-

lose, wie dies die Arbeitsämter berichtet haben, sondern 7,6 Millionen;

das unsichtbare Arbeitslosenheer zählte rund 2,4 Millionen Köpfe.

Zu diesem Heer gehören die ausgesteuerten Arbeitslosen, die Jugendlichen, die keinen Zutritt in den Erwerb finden, überhaupt Menschen, die keine Hoffnung haben, über die Arbeitsämter in Arbeit zu kommen oder Unterstützung zu erhalten, und daher auch keinen Grund sehen, sich bei den Arbeitsämtern zu melden. Die Zahl dieser Menschen ist im letzten Jahre infolge der Verschärfung der Bestimmungen über die „Hilfsbedürftigkeit“ immer stärker angestiegen. In Wirklichkeit war am Stichtag die unsichtbare Arbeitslosigkeit noch größer, da

etwa 40 Proz. der Beschäftigten nur verfährt arbeiten.

Wenn man die Proletarisierung der ehemaligen Selbständigen und Halbselbständigen außer acht läßt, die zweifellos zur Mehrbelastung des Arbeitsmarktes führen mußte, läßt sich die Gesamtzahl der Arbeitskräfte, die Ende August der deutschen Wirtschaft zur Verfügung standen, etwa wie folgt gliedern:

	in Millionen	in Proz.
Vollbeschäftigte . . . . .	7,6	37,2
Kurzarbeiter . . . . .	5,2	25,6
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	5,2	25,6
Verborgene Arbeitslosigkeit . . . . .	2,4	11,6
Arbeitnehmer insgesamt:	20,4	100,0

Es hat keinen Sinn, dieses trostlose Bild zu verschönern, indem man die verborgene Arbeitslosigkeit, die in bescheidenem Maße (etwa 400 000 bis 500 000 Menschen) auch bei der guten Konjunktur bestand und in der letzten Zeit unheimlich angewachsen ist, in Abrede zu stellen oder zu bagatelisieren versucht.

gerufen, der in Leipzig erchien und dessen Redakteure nacheinander Wilhelm Hasenclever, Ignaz Kuer, Bruno Geiler und Wilhelm Liebknecht waren, die allerdings nicht verantwortlich zeichnen durften.

Als das Sozialistengesetz im Jahre 1890 endlich auch formell gefallen war, kam es in Hamburg zu einem großen Kampf der Tabakarbeiter, in dem es in der Hauptsache um die Anerkennung des Koalitionsrechts durch die Fabrikanten ging, die als eine der ersten Arbeitgeberorganisationen zur Absperrung übergingen. Die Zigarrenfortierer, die damals unter Leitung des Genossen Döhl von Elm noch eine eigene Organisation hatten, wurden in diesen Kampf mit einbezogen. Die Generalkommission unter Leitung suchte zu vermitteln, allein die Unternehmer bestanden darauf, keine Leute in Arbeit zu nehmen, die einer der beiden Organisationen angehörten. Trotzdem die Generalkommission die für die damaligen Verhältnisse bedeutende Summe von 100 000 M. zur Unterstützung der Streikenden aufbringen konnte, mußten diese im März 1891 ohne direkten Erfolg wieder in die Betriebe zurückkehren.

Die Organisation begann ihren Aufstieg. Bereits 1900 zählte sie unter ihren 17 262 Mitgliedern 5180 weibliche. Im vergangenen Jahre bildeten die 46 994 weiblichen Mitglieder von 60 721 Verbandmitgliedern die übergroße Mehrheit mit 77,39 Proz. Heimarbeiter und Kinderarbeit mußte die Organisation bekämpfen und hatte mit den Unternehmern noch manchen Kampf zu bestehen.

Die Vertreter der Organisation, die am Montag in Bremen zu ihrer Jubiläumstagung zusammenkamen, können mit Stolz auf die Entwicklung ihres Verbandes zurückblicken, an der Männer mitgewirkt haben, deren Namen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen guten Klang haben. Erwähnt seien hier noch der Redakteur des Verbandsorgans vom 1. April 1895 bis November 1908, Friedrich Geiger, und Karl Reichmann, der vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1928 Vorsitzender des Verbandes war.

## Anbelehrbar

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht hat dem Reichspräsidenten ein Telegramm zugehen lassen, in dem zunächst festgestellt wird, daß alle bisher bekanntgewordenen Arbeitsbeschaffungsprogramme in ihren

Zielen nicht weit genug gingen. Die „partei-politisch streng neutrale“ Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht, die seit Jahren in Fühlung mit allen großen „nationalen“ Verbänden und Parteien an der Vorbereitung zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht arbeitete, sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Arbeitsdienstpflicht für alle das einzig bisher bekannte Mittel sei, um der Arbeitslosigkeit in großem Ausmaße Herr zu werden, daß weiter Arbeit für die allgemeine Arbeitsdienstpflicht für Jahrzehnte hinaus vorhanden sei, daß Beschaffungsprogramme ohne die allgemeine Arbeitsdienstpflicht unzulänglich seien, daß die Arbeitsdienstpflicht für alle finanziell durchaus durchführbar sei, daß die Arbeitsdienstpflicht für alle auf die verschiedenen Zweige der Privatwirtschaft belebend wirke und daß schließlich die Arbeitsdienstpflicht für alle „von den breitesten Schichten der Bevölkerung freudig begrüßt“ werden würde. Das Telegramm schließt mit der herzlichen Bitte, die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für alle sofort in Angriff zu nehmen.

Die Wächterpolitiker, abgetakelten Generäle, Sozialreaktionäre und wirtschaftlichen Kannegießer, die sich in dieser Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, stellen in dem Telegramm Behauptungen auf, die mit den Tatsachen in flagrantem Widerspruch stehen. Wer sind die „weitesten Schichten der Bevölkerung“, die die Arbeitsdienstpflicht freudig begrüßen würden? Gewerkschaften wie Unternehmer lehnen sie ab. Und wenn sie in dem einen oder dem anderen der auswendigbaren Programme der Nationalsozialisten steht, so sind die Nazis gewiß nicht auf Grund dieses Programmpunktes in den Reichstag gewählt worden. Und daß die Arbeitsdienstpflicht „finanziell durchaus durchführbar“ sei, kann nur behauptet werden von dem, der dabei an das Fieber-Geld denkt!

## Bracht-Kurs in Preußen

### Es geht gegen die Arbeiter

Den Wandel der politischen Verhältnisse in Preußen bekommen jetzt auch die preußischen Staatsforstarbeiter zu spüren. Die Staatsforstverwaltung hat die zur Zeit geltenden Löhne zu Ende Dezember gekündigt; sie will die Löhne abbauen. Man spricht von 12 Pfennig pro Stunde als Mindestforderung! Dabei marschieren schon jetzt Preußen mit seinen Forstarbeiterlöhnen weit hinten. Die Spitzenlöhne betragen gegenwärtig 55 Pfennig pro Stunde in der ersten Zone und 52 Pfennig in der vierten gegenüber 59 und 51 Pfennig in Baden, 59 und 52 Pfennig in Braunschweig, 58 und 50 Pfennig in Hessen, 56 Pfennig in Lippe, 57 und 55 Pfennig in Anhalt.

Die preußischen Staatsforstarbeiter haben seit langem unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Der größte Teil von ihnen ist seit Jahren ohne Beschäftigung, und die übrigen haben Mühe, wenigstens noch bei den Hausungsarbeiten beschäftigt zu werden. Alle anderen Arbeiten, die für Forstarbeiter in Frage kommen könnten, werden entweder nicht mehr ausgeführt oder durch den freiwilligen Arbeitsdienst oder durch Rotstandsarbeiten erledigt. Das Durchschnittsjahreseinkommen eines preußischen Staatsforstarbeiters dürfte heute nur noch wenige hundert Mark ausmachen, also beträchtlich unter dem Existenzminimum liegen.

Die schärfsten Gegner des gegenwärtig noch geltenden Forstarbeiterlohns sind die landwirtschaftlichen Unternehmer. Sie fordern eine „Angleichung“ dieses Lohnes an den Landarbeiterlohn. Da zur Zeit die Großagrarier in Preußen tonangebend sind, ist wohl anzunehmen, daß hinter dem Vorgehen der preußischen Staatsforstverwaltung mehr steht als lediglich die Sorge um den Etat.

Der Deutsche wie der Christliche Landarbeiterverband haben der preußischen Staatsforstverwaltung klaren Wein eingeschenkt. Beide Verbände haben erklärt, daß sie, wenn es zu dem geforderten Lohnabbau kommt, kein Interesse an dem Bestehen eines Tarifvertrages in den preußischen Staatsforsten haben.

Überall dieselben. Der Vorsitzende des dänischen Arbeitgeberverbandes hat an den Vorsitzenden der Arbeiterorganisationen ein Schreiben gerichtet, worin vorgeschlagen wird, daß man sich darin einigen möge, daß die Löhne auf der ganzen Linie um 20 Prozent herabgesetzt werden. Bekanntlich hat der Arbeitgeberverband sämtliche Tarife gekündigt. Bisher haben sich die Arbeiter zu dem Vorschlag, der schon einmal gemacht worden ist, natürlich ablehnend verhalten.

Hierzu 2 Beilagen

## 4000 im Abwehrstreik

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Frankfurt a. M., 18. November.

Seit Donnerstag befinden sich die Arbeiter der Eisenwerke der Firma Buderus in Bexlar, Vollar und Hirzenhain unter Führung des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Streik. Der Kampf richtet sich gegen einen neuen Abbau der Löhne der Metallarbeiter im Lahngau und Oberhessen, in dem bereits die tariflichen Spitzenlöhne seit dem 1. Januar 1931 von 79 Pf. auf 64 Pf. und die übrigen Löhne im gleichen Verhältnis herabgesetzt worden sind.

Durch einen Schiedsspruch, der von den Unternehmern angenommen und von den Metallarbeitern abgelehnt wurde, sollte der tarifliche Spitzenlohn der Facharbeiter in diesem Gebiet auf 60 Pf. und die Löhne der anderen Arbeiter und Arbeiterinnen in prozentual gleicher Höhe herabgesetzt werden. Bei den Nachverhandlungen vor dem zuständigen Landeslichter kam auch eine Einigung nicht zustande. Der Schlichter machte erst den Vorschlag, die bisherigen Löhne bis zum Jahreschluß weiter zu zahlen und dann den Schiedsspruch zu erfüllen. Diesen Vorschlag lehnten die Unternehmer ebenso ab wie einen zweiten, die Löhne sofort zu senken, aber nicht, wie im Schiedsspruch vorgesehen, um 4 Pf., sondern „nur“ um 2 Pf. Die Unternehmer verlangten eine Herabsetzung des tariflichen Spitzenlohnes von 64 auf 55 Pf., was von den Unternehmern der Metallarbeiter mit Entrüstung abgelehnt wurde.

An der Bewegung sind etwa 4000 Arbeiter beteiligt, die fest entschlossen sind, ihre alten schon völlig unzureichenden Löhne zu halten.

## Arbeitsbeschaffung

### Französische Pläne

In Frankreich hat die sozialistische Kammerfraktion beschlossen, zu dem kürzlich von der Regierung dem Parlament unterbreiteten Gesetzentwurf über die Ausführung großer öffentlicher Arbeiten im Betrag von sieben Milliarden Franken einen Gesetzentwurf einzubringen, der einen auf fünf Jahre verteilten Arbeitsplan in Höhe von 30 Milliarden Franken vorsieht.

Diese Summe soll durch mehrere Emissionen von 4prozentigen Obligationen aufgebracht werden, die in 30 Jahren zu tilgen sind. Auf diese Weise soll zugleich die Zurückhaltung der Banknoten und die sich daraus ergebende Stilllegung großer Kapitalien bekämpft werden.

## Erfolgreiche Abwehr

Der Abwehrkampf bei der Porzellanfabrik Christian Seltmann in Weiden wurde durch Vermittlung des Bürgermeisters nach zweitägiger Dauer auf dem Verhandlungswege beendet. Die Firma nahm davon Abstand, von einem Rotverordnungsabzug Gebrauch zu machen, so daß die Arbeit bis zum 21. November wieder restlos aufgenommen wird. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Soweit die Möglichkeit vorliegt, soll im Betrieb etwaige Lohnerleichterungen noch verhandelt werden. Da Seltmann bereits im vergangenen Jahre mit als erster in der Porzellanindustrie die übertariflichen Akkorddienste und Zeillöhne herabsetzte, wird kaum noch die Möglichkeit zu weiteren Lohnerleichterungen vorhanden sein.

Der Kampf war eine geklopfene, einmütige Auflehnung gegen die diktatorischen Fabrikantenallüren der Gebrüder Seltmann und kann als gewerkschaftlicher Erfolg angesehen werden.

## 50 Jahre

### Tabakarbeiter-Verband

Die Vorläufer der Tabakarbeiterorganisation reichen bis in das Jahr 1848 zurück. Dem Deutschen Tabakarbeiterverein mit über 8000 Mitgliedern machte das Sozialistengesetz im Oktober 1878 ein Ende. Doch schon vier Jahre später wagten es die Tabakarbeiter, dem Schandgesetz ein Schnippchen zu schlagen und gründeten am 22. November 1882 in Bremen einen Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter.

Drei Jahre später konnte der Verein sich offen zu seinem gewerkschaftlichen Zweck der Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen bekennen, ein Streikreglement einführen und seine Beiträge zur Schaffung eines Kampffonds erhöhen. Mit der Gründung des Vereins wurde zugleich ein Verbandsorgan, der „Gewerkschafter“, ins Leben

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Welt“. / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M., (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,27 M. einschließlich 80 Pf. Postwertzeichen. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,65 M. Bei Anfall der Verzögerung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ertrag. / Anzeigenpreise: Die einpaltige Mittelzeile 30 Pf., Reklamzeile 1,50 M. Kleine Anzeigen das fertige Blatt Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Mittelzeile 25 Pf. Familienanzeigen Mittelzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Einheitsl. wochentlich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Rudolf Brechtel; für Wirtschaft: G. Klingelhoffer; Gewerkschaftsbewegung: D. Steiner; Redaktion: Herbert Kasper; Soziales und Sonstiges: Fritz Kautz; Anzeigen: Otto Jengst; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstr. 1.

# Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Die Zahnpaste von  
**höchster Qualität**  
Sparsam im Verbrauch.



# SCHICKSAL MASCHINE

21) ROMAN VON

STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

— Nein, wollte ein armer, gequälter, unter anderen Armen und Bequälten stehender Mann rufen, aber zu seinem Glück rief er es nicht — und der Mann am Podium fuhr fort:

„Nein, es ist eine Lüge, wenn man behauptet, daß wir gegen den Fortschritt der Technik ankämpfen. Wir wollen nur, daß die Ergebnisse auch uns zugute kommen, nicht aber, daß sie auf unserem Rücken nur den ohnehin schon Reichen zufallen! Wir wollen nicht sterben, damit jene noch besser und üppiger leben können! Und wir rufen den Uebermütigen und Frechen zu: Bis hierher und nicht weiter! Wir haben es satt, uns von Euch noch länger mißbrauchen zu lassen! Wehe Euch, wenn Ihr nicht in letzter Stunde hört und Euch besinnen wollt!“

Weltlin wußte nicht, wie er wieder auf die Straße gekommen war. Dort standen ungezählte Menschen. „In die Stadt!“, „In die Stadt!“, ertönten Rufe und im Augenblick war ein Zug formiert, mächtig und unübersehbar lang. Auch Weltlin stand in Reih und Glied und ihm zur Seite marschierte Starke, Wenzel Starke, nicht mehr benommen vom Alkohol, sondern klar und nüchtern. Man sang Lieder und marschierte. Nun tauchten auch bekannte Straßen wieder auf. — Hier um die Ecke steht mein Haus, ist meine Wohnung — dachte Weltlin; kein Mensch sieht mich, wenn ich nun austrete und verschwinde — aber er marschierte mit durch hell beleuchtete Straßen. Vor den Kaffeehäusern saßen Menschen, in guten Kleidern, elegant und gepflegt. Sitt hier nicht meine Frau? Dort nicht mein Sohn? Ist dies nicht Sufi? Hier nicht Erna? Ist nicht mein Leben hier? — Aber Weltlin marschierte mit. Plötzlich ging ein Ruf durch die Menge, der Zug kam vor einem großen Gebäude zum Stehen. Weltlin, ein Teil der Masse geworden, stand da, eingeklinkt, ein Mensch unter Menschen. Doch mit einem Male sah er einen Feuerchein aufsteigen: Das Gebäude brannte! Die Vorderen mußten das Feuer angelegt haben. Doch, nun hörte er auch! Geknatter ertönte. Man schoß. Und nun Menschen, die durcheinanderliefen, andere, in Uniform, die auf die Durcheinanderlaufenden schossen. Man stürzte über Fallende, stolperte über Liegende. Und immer wieder das Geknatter, das unheimliche, nichtendende Geknatter.

„Behebt, laufend, außer Atem, an der Hand Starke mit sich zerrend, hatte Weltlin endlich Luft gewonnen und lief eine steil abfallende Straße hinab. Aber am Ende der Straße stand Polizei; sie schoß auf die Fliehenden, ohne Pardon, automatisch. Ohne zu überlegen, ohne innezuhalten, schoß sie über ihn hinweg.“

„Birt, um ja nichts!“ schrie Weltlin, aber das Rufen verhallte und die Schüsse fielen weiter. Vor Weltlin stürzte ein Knabe, er sprang über ihn hinweg, wollte in ein Haustor stürzen. Aber was war dies nur? Starke ließ nicht mehr neben ihm. Instinktiv lief er zurück, da lag er, lag Wenzel Starke, Blut rann aus einer Wunde an der Stirn. Ohne der Gefahr zu achten, kniete Weltlin bei dem Mann nieder. War das nun Starke hier, war das nicht Krüger? Dieselbe kleine Wunde, schwarz umrandet, dasselbe rote, dicke, starre Blut.

Weltlin wußte nicht, wie lange er gekniet hatte, ein scharfes Signal ertönte, eine Stimme fragte: „Sie kennen den Mann?“ — „Ja.“ — Und ehe er sich es versah, sah er in einem Rettungswagen zu Füßen Starke und die Fahrt ging in ein Spital. Auf einer Bahre wurde Starke in ein Zimmer gebracht. „Der Mann ist tot, warum bringt Ihr denn den?“ herrschte eine unangenehm laute Stimme, die aus einem weißen Mantel kam. Da lag nun der Mann, der einmal der Arbeiter Wenzel Starke gewesen war. Wieder stand Weltlin auf der Straße, aber an der Hand hielt er nicht mehr den Gefährten. Mit der linken Hand griff er nach der rechten — keine andere Hand hielt sie mehr umfaßt. „Wehe! Ihr habt ihn ermordet, Wehe! Ihr habt ihn getötet!“ rief es in Weltlin, aber seine Lippen blieben aneinandergepreßt. Der Morgen dämmerte, Weltlin ging noch immer ziellos umher, die Sonne schien, Weltlin ging noch immer, — einen Fuß vor den anderen setzen, einen vor den anderen — das war alles, was er denken konnte.

Mit einem Male aber spannte sich keine Gestalt, ein Ruf ging durch den Körper: Ein Plan war gefaßt. Er betrat einen Konfektionsladen, erstand Wäsche und einen fertig genähten, billigen Anzug. In einer Kabine

kleidete er sich um. Er sah in einen Spiegel und erkannte sich kaum wieder. Ohne zu zögern ging er nun, jetzt, da er Bescheid wußte. Vor dem Haus, in dem die Kommunistische Partei ihren Sitz hatte, hielt er, stieg Stufen empor und bat, dem Führer gemeldet zu werden.

„Das geht nicht“, sagte der Mann, an den er sich wandte. „die Genossen sind beschäftigt.“

„Es muß gehen“, erwiderte Weltlin energisch und bestimmt.

„Wie heißen Sie?“

Kurz entschlossen sagte Weltlin:

„Ich bin Genosse Burgaleff aus Moskau.“

„Oh“, sagte der Mann und Weltlin mußte lächeln, als dieser nach zwei Minuten eine hohe Tür öffnete, sich tief verbeugte und bescheiden sagte: „Der Genosse läßt bitten!“

Flucht aus mir.

1.

„Sie also sind Genosse Burgaleff aus Moskau?“

„Nein. Ich nannte diesen Namen nur, um zu Ihnen zu gelangen.“

„Sie haben also gelogen, um hier eindringen zu können?“

„Ja. Ich habe ein wenig Furcht gehabt, in diesen Räumen meinen wirklichen Namen zu nennen.“

„Wie heißen Sie?“

„Weltlin, Wilhelm Weltlin.“

„Sie sind der...“

„Ja, ich bin der ehemalige Fabrikant Wilhelm Weltlin.“

„Warum sagen Sie ehemalige Fabrikant?“

„Ich bin es seit vier Tagen nicht mehr und ich gedenke, es auch in Zukunft nicht mehr zu sein. Sie wissen vielleicht, daß ich vermißt werde?“

## Der Schatzgräber

Groleske von Egidius Greul

Bücherwagen sind eine feine Sache. Man stöbert und schmökert, und wenn man eine Ahnung von Büchern und den richtigen Riecher hat, findet man die herrlichsten Dinge.

Diesmal kam ich mit einer uralten Schartete nach Hause:

Der curiose Schatzgräber.

das ist: Anleghung, wie man verborgenen Schätzen, vergrabenen Perlethen, auch insgeheim versteckten Kostbarkeiten nachforschen und selbige an des Tages Licht befördern kann, zunebst einem Verzeichniß solcher Oerter, an welchen derlei mit List und Zauberey in alder Zeit unthergebracht und vor Nachstellung gesichert wurden.

Meine Frau sagte gerabzu: „Du hast einen Vogel, Egidius! Ein Paar Strümpfe hättest du nötiger gebraucht!“

So etwas darf einen nicht stören. Mir war der „Curiose Schatzgräber“ lieber als ein Paar Strümpfe, und ich las mit Eifer und Hingebung, wie man verborgene Schätze hebt. Man macht da um Mitternacht bei Neumond an der geeigneten Stelle einen Zauberkreis, legt ein schwarzes Tierfell hinein, stellt sich selber darauf und beginnt zu graben, wobei darauf zu achten ist, daß die ausgemorfene Erde genau in Kreuzform zu liegen kommt. Aber das allerwichtigste dabei ist: unerbürdliches Schweigen von der Minute an, wo man mit Spaten und Tierfell das Haus verläßt. Sonst geht die Sache unbedingt schief, erstmal findet man gar keinen Schatz, und zweitens wirds für einen selbst noch mulmig.

Gut und schön: das alles ließ sich ja zur Rot durchführen. Jedoch man kann doch nun nicht einfach in seinem Garten zu buddeln anfangen — das Pech soll's wollen, und da liegt gar kein Schatz!

Aber da war ja noch das Verzeichniß „solchener Oerter“ als Anhang in meinem geschmähten Buch. Ich machte mir keine Gedanken, warum sie der Autor nicht selbst ausgebeutet hatte; wahrscheinlich hatte er mit seinem Buch schon genug verdient. Möglicherweise war ihm auch das Schweigen zu schwer gefallen —, kurz und gut, ich studierte auch das Verzeichniß und fand wahrhaftigen Gott einen Ort benannt und genau beschrieben, der nahe genug lag, ja, an dem ich schon zmal vorbeigelaufen war, ohne seine geheime Bedeutung auch nur zu ahnen.

Man kann sich vorstellen, daß ich mit Hängen und Bangen den nächsten Neumond abwartete und inzwischen meine Vorbereitungen traf. Ein Spaten war da. Das schwarze Tierfell war schon schwieriger. Unseren guten Kater deswegen zu morden, widerstrebte mir im Innersten. Aber dann kam ich auf das schwarze Schnudensfell, den Bettvorleger, den meine Frau mir vorige Weihnachten geschenkt hatte. Mehr war zunächst nicht nötig.

Jedoch — lieber Leser, hast du schon einmal versucht, einen plausiblen Grund für deine Frau zu finden, warum du an einem stöckdunklen Abend mit einem Bettvorleger und einem Spaten einen Spaziergang machen willst? — Diesen plausiblen Grund zu finden, marterte ich mein Gehirn die übrige Zeit.

Ich fand ihn auch nicht. Aber das Glück half mir: meine Frau mußte einen Verwandtenbesuch machen, und daß ich mich davon drückte, leuchtete ihr ohne weiteres ein. Ich konnte also mit Spaten und Schnudensfell losgehen. Ein weiterer glücklicher Umstand war, daß ich am Stadtrand wohne, wo Schupos eine seltene Sache sind. Untermwegs dachte ich erst daran, was ich in einer belebten Straße für eine seltsame Figur gemacht

hätte. Daß ich eine Kinderleiche vergraben ging, wäre doch der mindeste Verdacht gewesen.

So kam ich jedoch unangefochten an den bedeutungsvollen Ort. Das Leuchtzifferblatt meiner Armbanduhr zeigte dreiviertel Zwölf. Eine Viertelstunde hatte ich also noch Zeit. Es war eigentlich ein greulicher Abend: regnerisch, kalt, windig, und ich stand da, trat von einem Fuß auf den andern und wartete, daß es Zwölf würde.

Es wurde Zwölf. Ich zog meinen magischen Kreis, legte das Schnudensfell hinein, begann zu graben und achtete genau darauf, daß die ausgemorfene Erde in Kreuzform zu liegen kam. Natürlich sagte ich kein Sterbenswort.

So ging alles gut. Eine Viertelstunde später hob ich eine schwere metallene Kiste aus dem Loch, setzte sie beiseite, schaukelte das Loch wieder zu, trat von dem Fell herunter, befestigte den magischen Kreis, steckte den Spatenstiel durch die seitlichen Griffe des Kastens und trachtete nach Hause. Ich hatte schwer zu schleppen: es mußte ein tüchtiger Schatz sein.

Natürlich war meine Frau schon da und hatte auch schon entdeckt, daß das Schnudensfell fehlte. Lieber Gott, und das hatte ich natürlich auf dem Schatzfeld liegen gelassen.

„Wie siehst du denn aus? Und was schleppst du denn da für eine schmutzige Kiste in der Nacht herum?“ so empfing sie mich.

Aber dann kriegte sie ja doch große Augen, als ich die Kiste absetzte und aufmachte. —

Sie war wahrhaftigen Gott bis oben an mit Goldstücken gefüllt. Es war wie im Märchen. Vom Schnudensfell war vorläufig nicht mehr die Rede, sondern wir machten uns sofort daran, die Goldstücke zu zählen. Sie stammten den Inschriften nach aus der Römerzeit, waren durchweg talergroß und alle vollgewichtig. Leider waren sie nicht so praktisch eingerichtet wie unsere heutigen Münzen, die man bequem stapeln kann, sondern die Prägungen waren so plastisch, daß sie immer wieder umfließen, wenn man Häufchen zu machen versuchte. Meine Frau rügte diesen Umstand besonders und hatte auch ihre Bedenken, daß der Kaufmann oder der Gemüsehändler sie in Zahlung nehmen würde.

Da sie sich also nicht stapeln ließen, waren wir genötigt, sie alle nebeneinander zu legen. Zum Glück reichte der Tisch gerade aus. Es waren 897 Stück — achthundertsechsmundneunzig Stück. „Wenn wir für jedes zwanzig Mark kriegen, und das werden wir ja wohl“, meinte meine Frau. „Menschenkind, Egidius, das sind ja — warte mal, das sind ja — siebzehntausendneuhundertundvierzig Mark!“

„Na siehst du“, sagte ich, „und da schimpfst du über das bißchen Schnudensfell!“

„Liegt das nun nicht draußen im Regen und verdirbt vollständig?“ wandte sie ein. Aber dann redete sie doch nicht mehr davon, sondern packte den goldenen Schatz wieder in die Kiste.

Die Nacht über schmiedeten wir natürlich Pläne, was wir mit dem vielen Geld anfangen wollten. Ich war für eine Reise nach der Südsee, meine Frau für ein Wochenendhaus — schließlich einigten wir uns auf beides.

Am nächsten Tage nahm ich ein halb Dugend von meinen Goldmünzen und ging in eine Münzenhandlung. Der Inhaber, dem ich sie zeigte, machte Stielaugen, aber mit einem Preis wollte er nicht herausrücken.

Wo ich sie denn her hätte?

„Oh“, sagte ich vorsichtig, „das ist alter Familienbesitz.“

„hm“, meinte er. Wer ich denn wäre.

Ich sagte es ihm, und er schrieb sich meinen Namen auf.

„Ich weiß nicht, ob Sie hier richtig am Plage sind, Herr Weltlin.“

„Ich bin es.“

„Dann bitte mir zu sagen, was Sie von mir wünschen.“

„Das wird schwer sein und ich weiß nicht, wie ich mich Ihnen verständlich machen soll. Vor allem will ich Ihnen also sagen, daß ich mit meiner Vergangenheit gebrochen habe, daß ich mit meiner Fabrik nichts mehr zu tun haben will, daß ich mich meines Besitzes vorbehaltlos entledigen will, daß ich...“

„Und warum dies alles, wenn ich fragen darf?“

„Ich weiß es nicht, ich möchte es nicht erklären, ja ich kann es vielleicht auch gar nicht und das ist gut so. Denn ich fühle, daß ich so handeln muß.“

„Sie wollen also, wenn ich Sie richtig verstehe, sühnen?“

„Ich glaube nicht, daß Sie damit das richtige Wort finden. Bis jetzt mußte ich so handeln, wie ich gehandelt habe, und heute empfinde ich eben ganz anders. Wie ich die Dinge heute sehe, kann ich nie mehr so leben, wie ich bisher gelebt habe.“

(Fortsetzung folgt.)

Ob ich noch mehr davon hätte.

„Freilich“, sagte ich stolz. Bieviele er denn brauchen könne.

Das war natürlich dumm. Ein Herr, der sich in einer Ecke Münzen durch eine Lupe ansah, horchte auf und kam herzu.

Nun ja, ich bin kein sehr geschäftstüchtiger Mensch. Fünf Minuten später hatten sie heraus, wie ich zu meinem Schatz gekommen war. Der Münzenhändler sagte, er müsse sich zunächst mit seinen Interessenten in Verbindung setzen, er würde mir schriftliche Nachricht geben. Ich zockelte ein bißchen betöppert nach Hause. Meiner Frau sagte ich, ich bekomme ein schriftliches Angebot.

Im Abendblatt fand ich zu meinem Erstaunen meine ganze Geschichte mit Namen und Adresse ausführlich beschrieben. Jede einzelne Münze sei eine Kostbarkeit und von eminentem Wert, stand da.

„Wenn das man gut geht“, sagte meine Frau. Wir wachten die Nacht abwechselnd bei unserer Kiste.

In aller Frühe schellte es. Ein Herr vom Finanzamt stand draußen und kam herein. Er hatte eine große Aktentasche bei sich, angefüllt mit leeren Formularen, wie sich herausstellte. Die begann er auszufüllen. Mit den beiderseitigen Großeltern, die lange in ihren Gräbern ruhen, fing er an. Geburtstage, Befehle, Wohnorte, Hochzeitsstage, Sterbetage, Kinderlegen und so weiter, und war sehr ungehalten, als ich ihm die Steuer Nummer meines toten Urgroßvaters nicht mehr angeben konnte. Endlich nahm er den Schatz vor, zählte ihn durch, wog auf einer Goldwaage, die er mitgebracht hatte — er war noch lange nicht fertig, da schellte es wieder.

Diesmal warens gleich zwei Herren. Sie kamen von der Museumsbehörde oder so ähnlich und machten sehr ernste Gesichter.

Ob ich eine Berechtigung zu Ausgrabungen habe?

Ich wußte nicht mal, daß es so etwas gibt und zeigte ihnen meine „Curiosen Schatzgräber“. Den lehnten sie verächtlich ab.

Ob ich die Ausgrabung auf eigenem oder fremdem Grundstück vorgenommen habe? Wenn auf fremdem, messen Eigentum es sei?

Sie füllten mit dem Finanzbeamten um die Bette Formulare aus.

Es klingelte wieder.

Diesmal standen sechs Herren draußen. Einer klappte den Rockaufschlag zurück. Kriminalpolizei. Hausdurchsuchung. Verhaftbefehl wegen Fundunterschlagung.

Ich wurde gefesselt, während auch sie Formulare auszufüllen begannen. Meine Frau kam mit dem Frühstück, aber sie mußte mich bröckchenweise füttern, denn meine Hände lagen fest auf dem Rücken gekreuzt. Ihre Tränen flossen unaufhörlich.

Endlich waren alle Formulare ausgefüllt. Die diversen Beamten packten unsern Schatz in die Kiste, sie wurde versiegelt, die Kriminalpolizei belegte sie mit Beschlagnahme. Unter neun Mann Eskorte, deren zwei die Kiste trugen, wurde ich abgeführt.

Die Nachbarn standen Spalier.

Meine Frau machte weinend die Tür hinter uns zu.

\*

Nun brumme ich also. Als meine Frau mich zum erstenmal besuchen kam, war sie bleicher und elender noch als ich. Einbruchversuche, Versicherungsagenten, Reporter, Bittelbriefe und Tod und Teufel waren die Ursache.

Ich brumme und kann ihr nicht helfen. Meine Zeit werde ich abgeben, aber das schwöre ich schon heute: Nie werde ich wieder Schätze heben! Wenn da aber einer ist, der noch Lust hat: den „Curiosen Schatzgräber“ schenke ich ihm. Und den Rat gebe ich ihm dazu: Halte nicht bloß den Schnabel während der Schatzgräberei leiser, wie das von den Alten immer wieder als Wichtigstes verlangt wird —, in der heutigen Zeit ist es tausendmal wichtiger, ihn hinterher zu halten.

# Höhere Unterstützung und Winterhilfe

## Die Sozialdemokratie hat den Kampf aufgenommen

Die Sozialdemokratie empfindet auch in der stärksten Hochflut der politischen Erregung die Sorge für die notleidenden Arbeiter- und Sozialrentnerfamilien als erste und vornehmste Pflicht. Die gestürzte Papen-Regierung hat getreu ihrem klassenkämpferischen Wort von der Beseitigung des Wohlfahtsstaates die Arbeitslosen und Sozialrentner dem bittersten Elend preisgegeben. Die Sozialdemokratie hat von Anfang an den schärfsten Kampf dagegen geführt, und nach dem Sturz dieser Regierung sieht die Sozialdemokratie es als ihre vordringlichste Aufgabe an, die Wiedergutmachung dieses namenlosen Unrechts zu fordern. Vor allen anderen Anträgen, die im Reichstag eingebracht werden — sie sind alle von höchster Bedeutung —, hat sie ihre Anträge zur Linderung der Not der Hilfsbedürftigen veröffentlicht.

### Erhöhung der Sozialleistungen

Von den beiden sozialdemokratischen Gesandten verlangt der erste die Wiedergutmachung des schweren Unrechts, das die erste Notverordnung Papens, die Verordnung vom 14. Juni, den Arbeitslosen und den Sozialrentnern zugefügt hat. Damals wurde jener entscheidende Schlag gegen die Arbeitslosenversicherung geführt, der den Rechtsanspruch auf Unterstützung durch die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung nach 6 Wochen zerstörte und die Leistungen der gesamten Arbeitslosenversicherung, der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung sowie die Versorgung der Kriegssopfer auf ein unerträgliches Hungerminimum herabdrückte.

Die Sozialdemokratie forderte schon im vorigen Reichstag, daß diese Hungerverordnung aufgehoben und die Sozialleistungen zunächst wieder auf den Stand vor dem 14. Juni zurückgeführt werden. Diese Forderung wird jetzt von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wiederholt.

Wie damals wird auch jetzt ein wohlwollender Deckungsvorschlag für die Mehrbelastung, die sich aus der Durchführung dieser Forderungen ergibt, gemacht. Die Mehrbelastung trifft nicht nur das Reich, sondern auch die Gemeinden und die einzelnen Zweige der Sozialversicherung. Deshalb muß den Gemeinden und Sozialversicherungen für diese Mehrbelastungen, die sie aus eigener Kraft nicht tragen können, vom Reich ein Ausgleich gewährt werden.

Das Reich selbst muß sich aber die notwendigen Mittel aus einer entsprechenden Belastung des Besitzes beschaffen.

Es geht nicht an, daß die empörende soziale Ungerechtigkeit der Regierung Papen fortgesetzt wird, die unter dem Motto stand: Wer nichts hat, dem wird genommen, und wer hat, dem wird gegeben. Nein, es muß dort genommen werden, wo noch etwas zu holen ist, nämlich bei den Besitzenden. Deshalb die Forderung der Sozialdemokratie nach Rotsteuern des Besitzes, durch die zusammen mit den Erträgen der von uns geforderten Staatsmonopole (Tabak- und Erdölmonopol) die Erhöhung der sozialen Leistungen gedeckt werden kann.

### Und ausreichende Winterhilfe!

Der zweite Gesandtenwurf verfolgt neben dieser Wiedergutmachung das Ziel, allen schuldlos Notleidenden den schweren Winter, der ihnen bevorsteht leichter zu machen und ihnen über die be-

sondere Winternot hinwegzuhelfen. Darum die Forderung, daß neben den wieder zu erhöhenden Geldunterstützungen für die Wintermonate von Reichs wegen Naturalleistungen an sämtliche Arbeitslose, Sozialrentner und öffentlich Unterstügte gewährt werden, und zwar 20 Zentner Kohlen, 2 Kilo Brot wöchentlich und ½ Kilo Fleisch für jeden Dreipersonenhaushalt.

Die Mengen, die im sozialdemokratischen Antrag verlangt werden, sind gewiß bescheiden. Und diese Beschränkung beweist, daß die Sozialdemokratie auch für die Finanznot des Reichs Verständnis besitzt. Hält man aber diese Naturalleistungen mit den ebenfalls von uns geforderten Unterstützungserhöhungen zusammen, so muß man anerkennen, daß die schlimmste Not auf diesem Wege gebannt werden kann. Von besonderem Interesse sind in diesem Antrag die sozialdemokratischen Deckungsvorschläge. Es soll in keinem Falle der an sich schon angespannte Etat belastet werden.

Das Reich soll sich die Deckung für die Mehrausgaben lediglich durch die Beseitigung ungeschulter Subventionen an kapitalistische Nachgruppen beschaffen.

Für die Brotbelieferung sollen die Mittel aus der Aufhebung des Beimischungszwanges gewonnen werden. Es handelt sich dabei um die Beseitigung eines besonders trassen Unrechts. Der Kraftverehrwirtschaft wird mit dem Beimischungszwang eine Sondersteuer auferlegt, bloß weil den branntweinbrennenden Großbäckern dauernd wesentlich mehr Branntwein zu überhöhten Preisen abgenommen wird, als auf dem Markt untergebracht werden kann. Obendrein verliert durch den Beimischungszwang auch noch das Reich Zolleinnahmen in Höhe von ungefähr 60 Millionen. Würde daher der Beimischungszwang aufgehoben werden, so würde der Kraft-

verkehr eine fühlbare Erleichterung durch eine entsprechende Benzinpreissenkung erfahren und überdies noch das Reich reine Mehreinnahmen von 60 Millionen erzielen, die für die Brotbelieferung verwendet werden könnte.

Die Mittel für die Kohlenbelieferung sollen dadurch gewonnen werden, daß eine andere ungerechtfertigte Subvention beseitigt wird. Diese Subvention besteht darin, daß die Ausgleichsabgabe, die die heimlichen Treibstoffherzeuger zum Ausgleich für die Benzinölle tragen sollten, der P.B.-Fazien und der Schwerindustrie, nahezu völlig erlassen wurde. Diese Maßnahme hat heute, wo die Treibstoffpreise monopolistisch in die Höhe getrieben wurden, auch den letzten Schimmer von Berechtigung verloren. Daraus und aus der Anrechnung rückständiger Steuern des Kohlenbergbaus könnten genügend Mittel zur Bezahlung der Kohlenlieferungen gewonnen werden.

Und schließlich soll die Fleischbelieferung so finanziert werden, daß die Fonds, die dem Reichsernährungsministerium für Stützung der Getreide- und Viehpreise zur Verfügung stehen, herangezogen werden. Es würden dann dem Reichsernährungsministerium immer noch genügend Mittel bleiben, um vorübergehende volkswirtschaftlich unerwünschte Preisschwankungen auszugleichen, aber freilich nicht mehr genügend Mittel für die volkswirtschaftlich unsinnige Einsparung von Getreide.

Die sozialdemokratischen Anträge zeigen, daß auch im Rahmen des sachlich Möglichen, ohne kommunistische Demagogie, durch höhere Unterstützungen und Renten und durch ausreichende materielle Beihilfen Unrecht wieder gutzumachen und der besonderen Winternot zu begegnen ist. Mögen die Kommunisten jetzt durch die Tat beweisen, daß ihnen die reale Hilfe für die notleidenden Massen wirklich wichtiger ist als ihre an der Massennot zu kochende Parteifuppe.

# Kriegsschulden und Weltkrise

## Zur Diskussion der französischen und englischen Moratoriumsvorschläge

Der Vorstoß Englands und Frankreichs in der Kriegsschuldenfrage gegenüber den Vereinigten Staaten hat diesen die Weltwirtschaft zerrüttenden Komplex jetzt ins Rollen gebracht. Welche unheimliche Verstrickung die Kriegsschulden in Verbindung mit dem Preisverfall und der Pfundentwertung mit sich gebracht haben, kennzeichnet sehr treffend eine Unteruchung der englischen Finanzzeitschrift „The Economist“.

Dieses Blatt stellt fest, daß im Jahre 1926 die europäischen Schuldner an die USA. Schulden in Höhe von 210 Millionen Dollars zu zahlen hatten. Die beiden nächsten Annuitäten für 1933/34 erreichen einen Betrag von annähernd 325 Millionen Dollars. Seit 1926 aber sind die Weltpreise, in Gold berechnet, um 35 Prozent gesunken, so daß die kommenden Annuitäten auf der Basis der Preise von 1926 einer Summe von 500 Millionen Dollars entsprechen. Die realen Lasten einer Jahresannuität sind also im Vergleich zu 1926 um das Zweieinhalbfache gestiegen.

Besonders schlimm liegen die Dinge für Großbritannien seit der Abkehr vom Goldstandard. Englands Forderungen an seine Schuldner basieren auf Pfund Sterling, seine Schulden dagegen an die Vereinigten Staaten auf Golddollar. Abgesehen von einer Zahlung von 20 Millionen Dollars, die während der nächsten zehn Jahre auf Grund des Hoover-Felderjahres zu zahlen sind, beträgt die britische Annuität für die im Jahre 1933 fälligen Zahlungen an Amerika 184 Millionen Dollars. Auf Grund der alten Währungsparität würde diese Zahlung 38 Millionen Pfund entsprechen, denen gegenüber England 18½ Millionen Pfund von seinen Schuldnern zu empfangen hat. Nach dem Verfall des Pfundes aber entspricht die im nächsten Jahr fällige englische Annuität dem Gegenwert von 56 Millionen Pfund Sterling. Die Situation wird durch die Schrumpfung des Außenhandels noch besonders kompliziert, da hierdurch die europäischen Schuldnerländer immer weniger in der Lage sind, die Uebertragung ihrer Schuldzahlungen in fremde Währung vorzunehmen.

Der „Economist“ errechnet, daß zwischen 1929/31 die Käufe der Vereinigten Staaten in Europa von 1,33 auf 0,64 Milliarden Dollars fielen. Zugleich schrumpfte der europäische Gesamtexport, dessen monatlicher Durchschnitt 1928 etwa 1,2 Milliarden Dollars betrug, um durchschnittlich 600 Millionen Dollars in den ersten vier Monaten dieses Jahres zusammen. Im Jahre 1923 zahlte England für Rechnung der Kriegsschulden 33 Millionen Pfund an die Vereinigten Staaten, während der britische Export nach den USA. in dem gleichen Jahre fast das Doppelte ausmachte. Im kommenden Jahre muß aber England 56 Millionen Pfund für Schuldzahlungen an die USA. aufbringen, während der Export nach den Vereinigten Staaten auf knapp 17 Millionen Pfund gesunken ist. Um die kommende Jahreszahlung an die USA. zu decken, muß also England den Export-

wert von drei bis vier Jahren einsetzen. Diese Zahlen beleuchten die grenzenlose Verwirrung, die die Kriegsschulden in den internationalen Zahlungsmechanismus gebracht haben. Sie zeigen aber auch die in England lange Zeit verkannte dunkle Seite der Pfundentwertung.

### Neuer scharfer Pfundsturz

Das englische Moratoriumsgesuch an die Vereinigten Staaten und die Unsicherheit über die bevorstehende Antwort des Präsidenten Hoover hat zu einer neuen Erschütterung des Pfundkurses geführt. Am Montag wurde in Berlin das englische Pfund noch mit 14,06 Mark notiert und bis zum Freitag war es bereits auf 13,82 Mark gefallen. Noch stärker war der Kursverfall in New York, wo das Pfund seit Wochenanfang von 3,33½ bis auf 3,27 Dollar, also um reichlich 2 Prozent sank.

Die Unsicherheit des Pfundkurses wird noch durch pessimistische Meldungen englischer Korrespondenten in Amerika gesteigert, die eine Genehmigung des Zahlungsschubes durch Hoover für ziemlich aussichtslos erklären. Auf dem internationalen Devisenmarkt waren am Freitag die Pfundverkäufe Frankreichs und Hollands besonders stark.

### Handelspolitische Hochkonjunktur

In Berlin werden demnächst Handelsvertragsverhandlungen von großer Tragweite beginnen. Die Verhandlungen mit England bezwecken eine Klärung der deutschen Kohlenkontingente, unter denen der britische Kohlenexport leidet, während auf deutscher Seite der Abbau besonders drückender englischer Zölle erstrebt wird. Auch die Verhandlungen mit Frankreich stehen unmittelbar bevor. Hier wird unter Aufrichterhaltung des Rahmens des deutsch-französischen Handelsvertrages von 1927 die Aenderung zahlreicher Zollpositionen von Frankreich gefordert, mit der eine Senkung der deutschen Importe verbunden ist.

### Konzernskandal Linden

#### Arrestbefehl gegen Generaldirektor

Der Gläubigerausschuß der Mechanischen Weberei zu Linden in Hannover, des mächtigsten deutschen Samtkonzerns, hat gegen den ehemaligen Generaldirektor Kommerzienrat Uebelen einen Arrestbefehl und Pfändungsbeschluss erwirkt. Der Arrestbefehl wird wegen eines Anspruchs der Gläubiger in Höhe von 750 000 Mark begründet, dessen Vollstreckung dadurch gefährdet sei, daß der Schuldner in der Zwischenzeit Vermögenswerte beiseitebringt.

Dieser Arrestbefehl gegen den Generaldirektor

steht im Zusammenhang mit einem der tollsten Konzernskandale, die seit 1929 die deutsche Wirtschaft erschüttern. Uebelen ist verantwortlich dafür, daß ein glänzendes, hochrentables Unternehmen in Grund und Boden gewirtschaftet wurde und schließlich in Konkurs ging. Der Fall Mechanische Linden erhielt noch dadurch sein besonderes Gepräge, daß der Generaldirektor wie der Aufsichtsrat bis zum Zusammenbruch eine geradezu provozierende Annäherung gegenüber Aktionären und der Öffentlichkeit zur Schau trugen.

Mit dem jetzt erwirkten Arrestbefehl gegen das Vermögen des Schuldigen Generaldirektors wird endlich einmal dem unhaltbaren Zustand ein Ende gemacht, daß Generaldirektoren während der Konkursjahre jährlich Hunderttausende scheffeln können, für die eigene Mikrowirtschaft aber mit keinem Pfennig einzustehen haben.

### So wird gehungert!

#### Starker

#### Rückgang des Fleischverbrauchs

Aus der neuesten Statistik der Schlachtungen geht hervor, daß im dritten Vierteljahr 1932 3 860 000 Schweine geschlachtet wurden, während die Zahl der Schweineschlachtungen im dritten Vierteljahr 1931 4 560 000 betrug, d. h. in den letzten drei Monaten sind annähernd 700 000 Schweine weniger in den Verbrauch übergeführt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Selbst unter Berücksichtigung, daß die Schlachtgewichte bei den Schweinen in diesem Jahr vielleicht etwas höher liegen, kann man annehmen, daß in den letzten drei Monaten 14 bis 15 Prozent weniger Schweinefleisch gegessen wurde als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Dieser katastrophale Rückgang der Schlachtungen geht weit über das übliche Maß einer normalen Abnahme hinaus. Er ist eine Folge des unerhörten Tiefstandes der Kaufkraft der breiten Massen, die durch die reaktionäre Sozial- und Wirtschaftspolitik der Papen-Regierung zum Hungerkonsum gezwungen sind. Die Verminderung der Schlachtungen ist ferner eine Folge der falschen Agrarpolitik, denn die bäuerliche Wirtschaft wird gezwungen, die Schweinehaltung einzuschränken, da die Getreidepreise, gemessen an den erzielbaren Fleischpreisen zu hoch gehalten werden.

Unbedingt notwendig ist, um eine weitere Schrumpfung des Konsums zu verhindern, daß sofort durch eine Verbilligung des Futtermittels eine Verbilligung des Schweinefleischs erfolgt; ein Treibenlassen bedeutet immer eine härtere Verschlechterung des Ernährungsstandes in Deutschland und ein Fortschreiten des Niederganges der Landwirtschaft. Statt sich die Köpfe zu zerbrechen, wie man die Getreidepreise hochhält, sollte man sich lieber im Reichsernährungsministerium um eine Beseitigung des katastrophalen Rückganges des Fleischkonsums kümmern.

### Die Preise im Konsum

Der Konsumgenossenschaftliche Ernährungsindezes weist im Oktober 1932, 1926 gleich 100 gesetzt, einen Stand von 74,7 auf, gegenüber einem Stand des amtlichen Ernährungsindezes von 75,9, d. i. 1,6 Prozent weniger. Hiernach ist eine weitere Senkung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Monat September zu verzeichnen, in welchem der Konsumgenossenschaftliche Ernährungsindezes auf 75,9 stand. Die Verbilligung ist auf die Preisentwertung bei Brot und Margarine zurückzuführen, die bei der Ermittlung des Ernährungsindezes eine große Rolle spielen. Bei den anderen Bedarfsgütern ist im Gegenlag hierzu eine geringe Preissteigerung eingetreten, die aus dem von dem Zentralverband deutscher Konsumvereine regelmäßig ermittelten Preisbild in 33 Städten zu erkennen ist.

### Statistik des Obstbaus

Wegen der starken Ertragschwankungen der Obstertnten und der damit verbundenen Unsicherheit in der Erzeugung, dem Verbrauch und dem Absatz der Erzeugnisse des Obst- und Gartenbaus ist eine Feststellung der jeweiligen Obstertnten durch eine entsprechende Ertragsermittlung, der eine Obstbaumzählung vorausgehen hat, als dringlich erkannt worden. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat auf Grund der allgemein geltend gemachten Forderung die Durchführung einer Obstbaumzählung in allen Gemeinden in der Zeit vom Dezember 1932 bis April 1933 und eine besondere Ermittlung des Baumbestandes im Frühjahr 1933 und der Obstertnte in den Hauptobstbaugebieten im September und Oktober 1933, die jährlich wiederholt werden sollen, in die Wege geleitet.

Kalipreisentung in — Frankreich. Auf Verlangen der französischen Regierung haben die elfässischen Kaligruben die Kalipreise um zwei bis drei Prozent ermäßigt. Und in Deutschland?

### Reichsbank ohne Arbeit

#### Sie bleibt auf ihren Krediten sitzen

Auch der Reichsbankausweis vom 15. November beweist, daß die Reichsbank ihre für die Wirtschaftsbelebung bereitgehaltenen Kredite nicht los wird. Der Ausweis zeigt von neuem eine rekordmäßige Richtbeanspruchung von Reichsbankkrediten, die in schärfstem Widerspruch zu der von den amtlichen Kreisen behaupteten fühlbaren Wirtschaftsbelebung steht.

Die Wechselbestände sind gegenüber der Vorwoche um 153,3 auf 2630, die Lombarddarlehen um 3,8 auf 95,3 Millionen Mark gesunken, so daß bis zur Monatsmitte mehr als vier Fünftel der zum Oktoberende in Anspruch genommenen Kredite zurückgezahlt waren. Die Effektenbestände der Reichsbank haben sich um 32,5 auf 394,9 Millionen Mark erhöht, weil Schatzanweisungen des Reiches im Zuge der letzten Genossenschaftsanierung an die Stelle von Genossenschaftswechseln getreten sind, die bei der Reichsbank diskontiert waren. Der gesamte Roten- und Umlauf ist weiter um 84,9 Millionen Mark gesunken.

Die Gold- und Devisenbilanz ist dieses Mal unerfreulich. Die 3 Milliarden Dollarzahlung an Amerika durch das Reich hat sich erst in diesem Ausweis voll ausgewirkt. Einer Zunahme der Goldbestände um 7,9 auf 825,2 Millionen Mark steht eine Abnahme der Devisenbestände um 17,3 auf 104,5 Millionen gegenüber. Die Rotendeckung hat sich dennoch gegenüber der Vorwoche auf 27,2 gegen 26,8 Prozent verbessert.